

Für ein Europa der Menschen, Regionen und Nationen in kultureller Vielfalt, Frieden und Freiheit.

Wahlprogramm für die Wahl zum Europäischen Parlament der Basisdemokratischen Partei Deutschland - dieBasis (Stand 30.05.2024)

Wir unterscheiden zwischen Europa und der Europäischen Union (EU):

- Europa, das ein kultureller, geschichtlich gewachsener, geographischer Begriff und Lebensraum ist, ein Kontinent, der von Portugal bis zum Ural reicht, und
- der EU, die sich zu einem von überwiegend wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen gesteuerten supranationalen Projekt entwickelt hat, das sich von den Menschen dieses Staatenverbundes immer mehr entfremdet und zum Teil grundlegenden demokratischen Prinzipien und dem in den Grundlagenverträgen verankerten Subsidiaritätsprinzip widerspricht.

Unsere Partei dieBasis steht wie keine andere Partei für Basisdemokratie, direkte Demokratie, gelebte Subsidiarität und regionale Entscheidungsstrukturen – nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern auch innerhalb der EU. Dass unsere Stimmen dort gehört und wir nicht länger bevormundet werden, ist bei den aktuell hochbrisanten EU-Themen äußerst wichtig. Deshalb nimmt dieBasis an der EU-Wahl am 9.6.2024 zum 10. Europäischen Parlament der Europäischen Union teil. Wir wollen die Demokratie in der EU vom Kopf auf die Füße stellen und der Stimme von Bürgern und Bürgerinnen der Bundesrepublik Deutschland im EU-Parlament Gehör verschaffen.

Die Menschen in der Europäischen Union erleben eine fortschreitende Entmündigung und eine Schwächung nationaler Souveränitätsrechte bei gleichzeitiger Verlagerung der Entscheidungsmacht auf von Lobbyisten unterwanderte, undemokratische, nicht gewählte EU-Institutionen. Immer neue Richtlinien und Verordnungen aus Brüssel verstärken Jahr um Jahr die wirtschaftliche Dominanz weniger globaler Konzerne und Eliten. Die dadurch verursachten gesellschaftspolitischen Auswirkungen sind nicht zu übersehen. Die Schere zwischen Arm und Reich und damit die soziale Spaltung in den Staaten der EU wird zunehmend verstärkt. Nicht nur der Niedriglohnsektor wächst rasant, auch der Mittelstand ist aktuell ernsthaft bedroht. Durch die unmittelbare, massive militärische Unterstützung der Ukraine und Nähe zur Nato wird die EU zur Konfliktpartei und das eigentliche „Friedensprojekt Europa“ gefährdet.

Unsere Themen sind Demokratie, Frieden, Gesundheit, Landwirtschaft und Natur, Umwelt, Klima und Energie, digitale Kontrolle, Finanzen und Bargeld, unabhängige Medien sowie Migration.

Anmerkungen und Disclaimer

Der nachfolgende Programmentwurf wurde aus den EU-Wahlprogramm-Vorschlägen der "Arbeitsgemeinschaft EU und Europa" der Partei dieBasis zusammengestellt. Sie basieren auf den 4 Säulen (Freiheit, Machtbegrenzung, Achtsamkeit und Schwarmintelligenz) der Partei, dem Rahmenprogramm und dem Wahlkampfprogramm des Bundes, den Programmen der Länder und auf bereits durchgeführten Konsensierungen (Abfragen) auf unterschiedlichen Parteebenen zu Themen, die auch die EU betreffen, und abschließenden Mitgliederbefragungen der hier dargestellten Positionen. Es wurden dabei nur Positionen aufgenommen, die hohe Zustimmungswerte der Mitglieder erhalten haben.

I. Für eine basisdemokratische Europäische Union – die EU den Bürgern und Bürgerinnen zurückgeben

Die Partei dieBasis lehnt entschieden den als undemokratisch empfundenen Status quo der Europäischen Union (EU) und die Bestrebungen einer Umwandlung der EU in einen Bundesstaat (Vereinigte Staaten von Europa) mit einer für die Mitgliedsstaaten verbindlichen EU-Verfassung und der Abgabe nationaler Souveränitätsrechte ab. dieBasis steht für Subsidiarität und regionale Entscheidungsstrukturen, für die Beteiligung aller Bürger und Bürgerinnen an wichtigen Entscheidungen, für EU-weite Volksabstimmungen, für die Stärkung von Bürgerrechten und für transparente Entscheidungsprozesse in der EU.

Mehr Demokratie ist das Kernthema der Basisdemokratischen Partei Deutschlands für die anstehende EU-Parlamentswahl. Ob die EU überhaupt noch reformierbar ist, stellten viele dieBasis-Mitglieder bei einer ersten Umfrage vor Abstimmung unseres Wahlprogramms infrage: So konnten sich 75 % der Mitglieder eine geordnete Auflösung der EU und Übergang in einen Bund souveräner Nationalstaaten vorstellen.

Ein Austritt Deutschlands aus der bestehenden EU ("Dexit") bekam von 59 % der Mitglieder Zustimmung. 65 % der dieBasis-Mitglieder sehen jedoch auch noch die Möglichkeit der Demokratisierung und Reformierung des Staatenverbundes EU, d.h. einen Verbleib im Staatenverbund bei gleichzeitig deutlicher Reduzierung der Macht von EU-Institutionen und Schaffung basisdemokratischer/direktdemokratischer Strukturen. Für weiterführende Einigungsprozesse, wie die Umwandlung der EU in einen Bundesstaat mit einer für die Mitgliedstaaten verbindlichen EU-Verfassung und der Abgabe nationaler Souveränitätsrechte, konnten sich nur 7 % der Mitglieder erwärmen. Im Folgenden skizzieren wir die notwendigen Reformen für einen Verbleib in der EU.

⇒ Grundsätzliche Änderung der EU-Strukturen und Demokratisierung der Prozesse

1. **dieBasis fordert die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips in der EU.**
2. **Die Souveränität der Staaten ist dabei zu achten und die unterschiedlichen Standpunkte und Werte der Länder sind zu respektieren.**

Die Menschen und Unternehmen in der EU sind in vielen Bereichen des Alltags von einer Flut von Verordnungen und Richtlinien betroffen, die zu immensem bürokratischen Aufwand führen und deren Sinnhaftigkeit immer weniger nachvollziehbar ist. Der immer mehr ausufernden Regulierungstiefe ist Einhalt zu gebieten. Dies bedeutet die Rückverlagerung gesetzgeberischer Initiativen in kleinteilige (regionale) Entscheidungsstrukturen der Nationalstaaten, sofern nicht in bestimmten Bereichen die Aufgabenstellung einen Kooperationsprozess sinnvoller erscheinen lässt (Prinzip der Subsidiarität).

3. **dieBasis fordert, die Zuständigkeiten der EU auf einige wesentliche Bereiche zu reduzieren: Beschränkung auf Außen- und Sicherheitspolitik, Handels-, Finanz- und Währungspolitik.**

Die Zuständigkeiten der EU sind im Vertrag über die Europäische Union (EUV) und im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) verankert.

Zurzeit liegt die **ausschließliche Zuständigkeit der EU** bei Zollunion, Wettbewerbsregeln für den Binnenmarkt, Währungspolitik für die Länder des Euro-Raums, Handel und internationale Abkommen (in bestimmten Fällen).

Darüber hinaus gibt es die sogenannte **geteilte Zuständigkeit** für die EU. Diese sieht generell den Vorrang der Zuständigkeit der EU vor und umfasst inzwischen nahezu jeden Bereich des täglichen Lebens und führt zu einer Flut von Verordnungen und Richtlinien,

deren Regulierungstiefe jeden EU-Bürger betrifft.

Im Sinne einer selbstbestimmten und gleichberechtigten EU-Politik nach dem Prinzip gelebter Subsidiarität mit regionalen Entscheidungsstrukturen müssen die Zuständigkeiten über die Verträge der EU reduziert werden auf einige wesentliche EU-Zuständigkeiten: z.B. Zollunion, Wettbewerbsregeln für den Binnenmarkt, Währungspolitik für die Länder des Euro-Raums, Handel und internationale Abkommen (in bestimmten Fällen), gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

Die zu übertragenden Bereiche müssen von den Bürgern und Bürgerinnen aller Mitgliedsstaaten entschieden werden.

4. *Bereits an die EU übertragene nationale Kompetenzen dürfen nicht auf transnationale, teils private Institutionen weitergegeben werden.*

Als Beispiele seien hier genannt: Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) oder auch Freihandelsabkommen wie CETA, TTIP, MERCOSUR.

5. *Bezüglich der Zukunft der EU-Kommission fordert dieBasis*

a) die Demokratisierung der EU-Kommission durch Direktwahl des Kommissionspräsidenten

Die EU-Kommission ist das „Exekutiv-Organ“. Eine Direktwahl des Präsidenten der Europäischen Kommission durch die Bürger der Nationalstaaten wäre eine stärkere demokratische Legitimation.

b) die Herstellung von vollumfänglicher Transparenz der Entscheidungen der EU-Kommission

Entscheidungen der EU-Kommission und deren Grundlagen müssen öffentlich und nachvollziehbar dargelegt werden. Wir fordern die Einhaltung der Festlegungen zur vollumfänglichen Transparenz aus dem Lissabonner Vertrag. Dazu gehört die Auflistung der Beteiligten sowie die Offenlegung externer Berater und evtl. bestehender Interessenskonflikte. Sämtliche zu den jeweiligen Themen eingebrachten Gesetzesvorlagen und Eingaben müssen dokumentiert und offengelegt werden. Die Berücksichtigung oder Nichtberücksichtigung dieser Eingaben ist zu begründen.

c) im Fall des Scheiterns von a und b die Abschaffung der EU-Kommission

Die EU-Kommission sollte aufgelöst werden, wenn eine Machtbegrenzung und/oder Reformierung der EU-Kommission wegen des dort bestehenden erheblichen Mangels an Transparenz und demokratischen Prozessen, des institutionellen Eigenlebens und der Einflussnahme von Interessensgruppen aussichtslos erscheint. Die Aufgaben der EU Kommission könnten dann auf die bestehenden staatlichen Organe der Mitgliedsstaaten und zum Teil auch auf das Europäische Parlament übertragen werden.

6. *Die Sitzverteilung im EU-Parlament muss proportional zur Bevölkerung sein.*

Größere Staaten haben grundsätzlich mehr Abgeordnete als kleinere Staaten, allerdings haben kleinere Staaten mehr Abgeordnete pro Einwohner als größere Staaten. Dieses Prinzip wird als „degressive Proportionalität“ bezeichnet. So entfallen auf Deutschland (83 Mio. Einwohner) 96 Sitze, d. h. ein Sitz auf 811.000 Einwohner, auf Malta (0,4 Mio. Einwohner) 6 Sitze, d. h. ein Sitz auf 67.000 Einwohner. Hier sollte die Proportionalität (Sitze pro Einwohner) entscheidend verbessert werden, um die Stimmen der Bürger ausgewogen abzubilden.

7. *dieBasis fordert das volle Gesetzgebungs-Initiativrecht des EU-Parlaments.*

Eine der originären Aufgaben eines Parlaments ist die Eingabe von Gesetzesentwürfen (Initiativrecht). Das EU-Parlament verfügt nicht über dieses Initiativrecht. Das EU-Parlament ist mit einem vollen Initiativrecht auszustatten, um den Willen der EU-Bürger vertreten zu können.

8. dieBasis fordert den Erhalt des Einstimmigkeitsprinzip der Mitgliedsstaaten.

Die meisten Gesetze und Verordnungen in der EU verlangen die Zustimmung aller Mitgliedsländer. Die großen Nationen in der EU denken laut über eine Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips bei Abstimmungen der Regierungen der EU nach. Auch wenn es mit immer mehr Mitgliedsländern schwieriger wird, diese unter einen Hut zu bringen und einzelne Länder Entscheidungen blockieren können, sollten aus basisdemokratischer Sicht das Konsens- und das Einstimmigkeitsprinzip nicht aufgegeben werden, zuletzt auch, um u.a. den transatlantischen Einfluss (USA) auf die EU zu begrenzen.

9. dieBasis fordert die Einhaltung der Gewaltenteilung in der EU.

Legislative (EU-Parlament), Exekutive (Europäische Kommission) und Judikative (EUGH) sowie die Medien als weitere Kontrollinstanz müssen unabhängig voneinander agieren können. Es gilt, die aktuelle einseitige Machtstellung der EU-Kommission abzubauen. Die Kontrollfunktion des EU-Parlaments gegenüber der EU-Kommission muss gestärkt werden. Der Wechsel von hochrangigen Vertretern von einer Instanz in die nächste, z.B. in den EUGH, oder auch in Konzernvorstände o.ä. ist nur nach einer vorherigen Karenzzeit von fünf Jahren zulässig.

10. Schluss mit kostspieligen Umzügen des Europäischen Parlaments zwischen zwei Standorten! Festlegung auf einen festen Sitz.

Der Sitz des Europäischen Parlaments ist Straßburg, wo jährlich zwölf jeweils viertägige Plenarsitzungen stattfinden. Zusätzliche Plenartagungen finden jedoch derzeit auch in Brüssel statt und die Umzüge verschlingen Millionen. Alle Parlamentssitzungen haben an einem von den EU-Bürgern festzulegenden Ort stattzufinden.

⇒ **Aufbau basisdemokratischer Strukturen und Stärkung des einzelnen EU-Bürgers**

11. dieBasis fordert, EU-weite Volksabstimmungen zu wichtigen Themen und Volksabstimmungen gezielt zu fördern.

dieBasis fordert und unterstützt EU-weite Volksabstimmungen als Mittel der Basisdemokratie/direkten Demokratie.

12. dieBasis fordert ein Initiativrecht der EU-Bürger durch Stärkung der EBI.

Mit einer Europäischen Bürgerinitiative (EBI) können EU-Bürger Rechtsakte in Bereichen vorschlagen, die in die Zuständigkeit der EU fallen. Die Partei dieBasis unterstützt die Durchführung von EBIs und fordert, die EBI durch ein Initiativrecht aufzuwerten und eine deutliche Senkung der unverhältnismäßig hohen Quoren (1 Million Unterschriften aus einem Viertel der EU-Staaten). Hier sind erhebliche Änderungen der Verträge erforderlich, um eine Vereinfachung des Verfahrens zu erreichen. Bis zur Umsetzung der Vertragsänderungen wird dieBasis europäische Bürgerinitiativen bei der Durchführung unterstützen.

13. dieBasis unterstützt den Aufbau eines Netzwerks basisdemokratischer Parteien in Europa.

dieBasis strebt an, die Basisdemokratie in allen EU-Mitgliedsstaaten zu stärken, indem sie eine Zusammenarbeit mit Parteien und Bewegungen ähnlicher Zielsetzung aktiv vorantreibt.

⇒ **Aktivitäten der Partei dieBasis innerhalb des EU-Parlaments**

14. Mit ihrer Präsenz im EU Parlament wird dieBasis mehr Transparenz über Strukturen und Prozesse der EU für die Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedsländer schaffen.

Eine der Hauptaufgaben unserer EU-Parlamentarier wird sein, der Öffentlichkeit die

Demokratie-Defizite und Fehlentwicklungen innerhalb des jetzigen EU-Konstrukts zu verdeutlichen und basisdemokratische Lösungen einzufordern. dieBasis-Parlamentarier werden sich dafür einsetzen, mehr Transparenz und Öffentlichkeit zu schaffen. Dies beginnt mit Informationen über die Strukturen und Prozesse in der EU.

15. Mit ihrer Präsenz im EU-Parlament wird dieBasis die rechtzeitige Information der Bürgerinnen und Bürger über Gesetzesvorlagen sicherstellen.

16. Gesetzesvorlagen sind frühzeitig und vollständig zu veröffentlichen.

Unsere Parlamentarier werden geplante Richtlinien und Verordnungen so schnell wie möglich der Öffentlichkeit im Internet zur Verfügung stellen, um größtmögliche Transparenz herzustellen und alle Vor- und Nachteile darzustellen. Die Frist für die Kenntnisnahme von Gesetzesvorlagen muss im Verhältnis zur Komplexität der Gesetzesvorlage ausreichend bemessen sein, mindestens aber zwei Wochen, damit sich die Parlamentarier verantwortungsvoll damit auseinandersetzen können.

17. Gesetze im Omnibusverfahren lehnt dieBasis grundsätzlich ab.

Von einem „Omnibusverfahren“ spricht man, wenn unterschiedliche Anliegen zu einem Vorgang zusammengefasst und im Paket abgestimmt werden. Die Absicht des Omnibusverfahrens ist es, Bestandteile eines Gesetzes in einem anderen Gesetzentwurf zu verstecken. dieBasis-Parlamentarier werden solches Vorgehen öffentlich machen.

18. dieBasis wird Machtmissbrauch und Vorteilsnahme durch Lobbyismus öffentlich machen und nach Möglichkeit verhindern.

Bisher läuft es so: „Die Wirtschaft gibt die Richtung vor, und die Politik macht den Weg frei“. dieBasis verlangt eine strenge Kontrolle des Lobbyismus, um Machtmissbrauch und Manipulation zu verhindern. Statt einseitiger Ausrichtung der EU an Wirtschafts- und Lobbyinteressen wollen wir eine klare Orientierung am Gemeinwohl sowie an den Grund- und Freiheitsrechten.

⇒ EU-Erweiterung

19. Eine Erweiterung der EU darf nur über Volksabstimmungen sowohl im Beitrittsland als auch in den bisherigen EU-Ländern erfolgen.

20. dieBasis ist gegen eine geopolitisch motivierte Erweiterung der EU.

Das Ob und Wie einer EU-Erweiterung muss sowohl dem Bedürfnis der Menschen in den Beitrittsstaaten als auch dem der Menschen in den Mitgliedsländern entsprechen, von ihnen entschieden werden und darf nicht von den geopolitischen Interessen der globalen Akteure (z.B. USA) dominiert sein.

II. Für eine Frieden fördernde Außen- und Sicherheitspolitik

Die Partei dieBasis wird auch in der EU als die Partei des Friedens agieren und sich für Entspannung und Frieden in Europa und der Welt einsetzen. dieBasis ist die einzige Partei in Deutschland, die als Voraussetzung dauerhafter friedlicher Koexistenz aller Länder, Staaten und Völker dieser Welt militärische Neutralität durch Austritt aus der NATO und Verbannung fremden Militärs inklusive Atomwaffen und Militärbasen wie der Kriegsdrehscheibe Ramstein fordert.

dieBasis achtet die freie Selbstbestimmung, die territoriale Unversehrtheit, die politische Unabhängigkeit und die Gleichberechtigung aller Staaten, wie sie in den Grundsätzen der UN-Charta der Vereinten Nationen und im Völkerrecht formuliert sind. In unseren internationalen Beziehungen treten wir für eine faire multilaterale Zusammenarbeit ein.

Daraus ergeben sich die folgenden Programmpunkte für die EU-Parlamentswahl.

1. ***Es gilt, den militaristischen Charakter der EU mit ihrer Anbindung an die NATO, ihrer Verpflichtung zur Aufrüstung, der Außerkraftsetzung des Rechts auf Leben bei der Niederschlagung von Aufruhr oder Aufstand und der Führung von Kriegen zur Interessenswahrung zu überwinden.***

Nicht erst seit dem Ukrainekrieg hat die EU einen immer mehr militaristischen Charakter angenommen. So gibt es eine enge Verflechtung mit der NATO¹ im Rahmen der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und gemeinsamen Verteidigungsprojekten. Im EU-Vertrag, Artikel 42, Absatz 3 verpflichten sich die Mitgliedsstaaten, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.² In den Erläuterungen zur EU-Grundrechte-Charta wird eine Tötung „nicht als Verletzung des Artikels zum Recht auf Leben betrachtet, wenn sie durch eine Gewaltanwendung verursacht wird, die unbedingt erforderlich ist, um z.B. einen Aufruhr oder Aufstand rechtmäßig niederzuschlagen“.³ Laut EU-Vertrag (EUV), Artikel 42, Absatz 5 kann der Rat „zur Wahrung der Werte der Union und im Dienste ihrer Interessen eine Gruppe von Mitgliedstaaten mit der Durchführung einer Mission im Rahmen der Union beauftragen“⁴.

2. ***Die Partei dieBasis lehnt Sanktionen und Boykotte als Wege politischer Konfliktlösung grundsätzlich ab.***

Sanktionen bewirken materiellen Schaden und zum Teil gravierendes Leid für die zivile Bevölkerung, haben aber in den seltensten Fällen jemals etwas Positives bewirkt. Im Irak, Iran und Syrien (um nur einige Länder zu nennen) konnten und können wir die fürchterlichen Folgen für die dort lebenden Menschen seit Jahren beobachten. Wirtschaftssanktionen sind Teil einer gewissenlosen Kriegsführung, die wir ablehnen.

Die Staaten dieser Erde sind alle Teil einer globalen Völkergemeinschaft, die in gegenseitigem Respekt vor unterschiedlichen gesellschaftlichen Modellen wirtschaftlich und kulturell kooperieren will. Die dabei zu beachtenden Prinzipien wurden in der Charta der Vereinten Nationen nach dem Zweiten Weltkrieg völkerrechtlich bindend fixiert. Die Bevölkerung eines Landes darf jedoch nicht für das politische Handeln ihrer Regierung „bestraft“ werden.

3. ***Der Dialog und die Überwindung von Lager- und Blockdenken sind zu fördern.***
4. ***dieBasis fordert den Abbau von Feindbildern, die zur Legitimierung von geopolitischen Auseinandersetzungen und Kriegen dienen.***
5. ***dieBasis fordert, dass sich die EU für die Beendigung von Kriegen durch Deeskalation und Diplomatie einsetzt.***

¹ Factsheet Permanent Structured Cooperation (PESCO) "Coherence with NATO is ensured."
https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/pesco_factsheet_2021-12.pdf

² EU-Vertrag (EUV), Artikel 42, Absatz 3. https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:2bf140bf-a3f8-4ab2-b506-fd71826e6da6.0020.02/DOC_1&format=PDF

³ Erläuterungen zur EU-Grundrechte-Charta (Amtsblatt C 303). [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32007X1214\(01\)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32007X1214(01))

⁴ EU-Vertrag (EUV), Artikel 42, Absatz 5. https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:2bf140bf-a3f8-4ab2-b506-fd71826e6da6.0020.02/DOC_1&format=PDF

Blockdenken führt unweigerlich zu eskalierenden Konflikten und Entfremdung statt zu Annäherung und Frieden. Die fast vergessenen zehn Prinzipien der Schlussakte der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) von Helsinki 1975 zur Regelung bilateraler Beziehungen müssen wieder mit Leben gefüllt werden. Zu diesen Prinzipien gehören u.a. die friedliche Regelung von Streitfällen, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, die Achtung der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker und die Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen. Die immer engere Verbindung von EU und NATO fördert nur das Blockdenken und wird daher von der Partei dieBasis abgelehnt.

6. Die Partei dieBasis setzt sich für eine europäische Sicherheitspolitik ein, bei der die Sicherheitsinteressen aller Staaten in Europa gleichberechtigt anerkannt werden müssen.

7. DieBasis fordert die Aufstockung der EU-Mittel für Friedensforschung und Völkerverständigung statt Rüstungsexporte.

Die Partei dieBasis lehnt Kriege generell und insbesondere als Mittel der Durchsetzung von Interessen ab. Interessenskonflikte zwischen Staaten müssen auf diplomatischem Weg gelöst werden. dieBasis setzt sich für den sofortigen Stopp aller Waffenlieferungen aus der EU in Krisen- und Kriegsgebiete ein. Stattdessen brauchen wir eine Rückkehr zur Entspannungspolitik, Abrüstungsverträge und eine Aufstockung der Mittel für Friedensforschung und Völkerverständigung.

Ein erster deeskalierender Schritt im Ukraine-Konflikt sollten diplomatische Bemühungen zur friedlichen Beilegung des Konfliktes sein statt weitere Verfolgung militärischer Eskalationslogik.

8. Die Partei dieBasis fordert die Einrichtung eines unabhängigen internationalen Untersuchungsausschusses zu Nordstream 1+2.

9. dieBasis setzt sich für Verhandlungen und Kooperation mit Russland für die baldige Wiederaufnahme von Gasstofflieferungen über die intakte Röhre der Nordstream II Pipeline ein.

Die Partei dieBasis setzt sich dafür ein, dass die zuständigen Ermittlungsbehörden der Bundesrepublik Deutschland, möglichst zusammen mit den Anrainerstaaten und der EU, Ermittlungen aufnehmen, um herauszufinden, wer die für die Sicherung preiswerter Energie in der Bundesrepublik Deutschland und der EU elementaren drei Pipelinestränge der Nordstream 1+2 im September 2022 zerstört bzw. stark beschädigt hat. Dazu muss ein unabhängiger internationaler Untersuchungsausschuss eingerichtet werden, unter Einbeziehung von Russland und den USA. Die Verantwortlichen sind zur Rechenschaft zu ziehen und die reparablen Pipelines sind schnellstmöglich wieder in Betrieb zu nehmen.

III. Der Mensch als Mittelpunkt im Gesundheitssystem

⇒ **Allgemeine Positionen zum Gesundheitssystem in der EU**

Gesundheit ist in Deutschland weitgehend Ländersache und das sollte es auch bleiben. Themen wie Ganzheitsmedizin, Naturheilkunde und Homöopathie, für die gerade dieBasis auch steht, werden hier für die EU-Wahl deshalb nicht vertieft. Die EU kommt nur bei übergeordneter Regulierung ins Spiel, versucht aber, wie in allen Bereichen und bei Corona beobachtet, ihren Kompetenzspielraum auszuweiten. Der Gesundheitssektor ist insbesondere durch eine Ausweitung der Digitalisierung personenspezifischer, hochsensibler Daten und deren Nutzung für die Forschung im digitalen Gesundheitsdatenraum EU-weit betroffen. Dieser soll den Austausch von Gesundheitsdaten zwischen medizinischen Einrichtungen und Gesundheitsdienstleistern in verschiedenen EU-Ländern erleichtern. Im geplanten *Europäischen Digitalen Gesundheitsdatenraum* (EHDS)⁵ spricht man vom primären und sekundären Gebrauch von Gesundheitsdaten. Der primäre Gebrauch bezieht sich auf die Digitalisierung der Gesundheitsdaten (elektronische Patientenakte), wozu auch der geplante digitale Impfpass für den Reiseverkehr gehört. Als Sekundärnutzung von Daten bezeichnet man die Nutzungsmöglichkeiten für Wissenschaft und Forschung zur politischen Steuerung und Regulierung. Daraus ergeben sich die folgenden allgemeinen Positionen zum EU-Gesundheitssystem:

- 1. dieBasis will gesundheitsbezogene Regelungen und Maßnahmen in der ausschließlichen Kompetenz des jeweiligen Mitgliedstaates der EU belassen.**
- 2. Gesundheitspolitik liegt in Deutschland im Verantwortungsbereich der Bundesländer und erfolgt gemäß dem Subsidiaritätsprinzip in Abstimmung untereinander und mit Empfehlung des Bundesgesundheitsministeriums. Diese föderale Struktur muss erhalten bleiben.**
- 3. dieBasis fordert die Rückübertragung der bereits an die EU übertragenen gesundheitsrelevanten Kompetenzen an die Mitgliedsländer.**
- 4. Den „Digitalen Gesundheitsdatenraum“ lehnt dieBasis ab.**
- 5. Gesundheitsdaten sind persönlich und nur in der Patienten-Arzt-Beziehung relevant. Eine Weitergabe dieser Daten an Dritte („primäre und sekundäre Nutzung“) darf (auch anonymisiert) nur nach individuellem Einverständnis stattfinden.**
- 6. Einen verpflichtenden digitalen EU-Gesundheitspass (z.B. als Reisedokument) und eine verpflichtende elektronische Patientenakte lehnt dieBasis ab.**
- 7. dieBasis ist, aus Datenschutzgründen und um die Wahrung der Persönlichkeitsrechte zu gewährleisten, gegen den automatisierten Datentransfer von privaten Gesundheitsdaten an Forschungseinrichtungen und Pharmaindustrie.**

⇒ **WHO**

Wir beobachten zudem die Tendenz der EU, immer mehr Kompetenzen an nicht demokratisch gewählte Organisationen, die sich einer parlamentarischen Kontrolle entziehen, abzugeben. Dies gilt mit der WHO auch für den Gesundheitssektor und muss gestoppt werden.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist seit ihrer Gründung im Jahr 1948 in Genf als Sonderorganisation der Vereinten Nationen für die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und die Datensammlung zu schweren Krankheiten weltweit tätig. Während der sog. Covid-Pandemie ist die WHO international in den Fokus und spätestens durch die Empfehlung unzureichend geprüfter „Impfstoffe“ auch in die Kritik geraten.

Die WHO wird maßgeblich durch zweckgebundene Spenden einflussreicher Organisationen und staatliche Sonderzahlungen finanziert. Im Jahr 2022 stammten gemäß Finanzbericht der WHO z.B. nur ca. 11 % der Mittel aus Pflichtbeiträgen der Mitgliedsstaaten, alles andere waren freiwillige

⁵ https://health.ec.europa.eu/ehealth-digital-health-and-care/european-health-data-space_de

Beiträge, darunter 597 Mio. \$ aus Deutschland und 193 Mio. \$ von der EU. Größter privater Sponsor der WHO mit 390 Mio. \$ und allein knapp 10% der Gesamtfinanzierung der WHO ist die private Bill & Melinda Gates Stiftung, die u.a. Großinvestor der Pharmaindustrie ist. Diese Spenden sind in der Regel zweckgebunden und finanzieren vornehmlich Impfkampagnen, Polioprogramme und Nothilfe bei z.B. Choleraausbrüchen.

- 8. *Finanzielle und personelle Verflechtungen zwischen EU, WHO und Pharmaindustrie müssen offengelegt werden.***
- 9. *dieBasis fordert, die finanzielle Unterstützung der WHO durch die EU einzustellen.***
- 10. *Teilweise privat finanzierte Organisationen dürfen nicht über die Gesundheit der Bürger bestimmen.***
- 11. *Die WHO darf nicht als Instrument für private Interessen benutzt werden.***
- 12. *Die WHO darf nicht weiter von Kontrolle und Haftung für die negativen Folgen ihrer Handlungsempfehlungen – Medikamente, Impfstoffe, mRNA-Technologien und Behandlungsprotokolle – freigestellt werden.***

Die WHO arbeitet derzeit an einem internationalen Pandemievertrag, welcher der WHO im selbst ausgerufenen Pandemiefall nationalstaatliche Kompetenzen übertragen soll. Die Definition einer Pandemie zusammen mit der Definition von Impfungen und Herdenimmunität wurde 2009 von der WHO ohne wissenschaftliche Begründung willkürlich abgeändert. Bei der Pandemiedefinition stellen seitdem sowohl die Schwere des Krankheitsverlaufs als auch die Sterblichkeitsrate keine Voraussetzungen mehr für die Ausrufung einer Pandemie dar. Eine Pandemie ist laut WHO eine Situation, in der die Weltbevölkerung potenziell einem „neuen“ Erreger ausgesetzt ist und das Risiko besteht, dass ein Teil von ihr erkrankt. Mit dem internationalen Pandemievertrag wären die Mitgliedsstaaten künftig dann an die jeweiligen Maßnahmen, die die WHO verfügt, gebunden, unabhängig von der nationalen Gesetzgebung. Dieses beinhaltet u.a. verpflichtende Impfkampagnen, Medikamentenverordnungen und Lockdowns. Deutschland und die EU unterstützen die Einführung eines solchen globalen Pandemievertrages. Angesichts dieser schwerwiegenden, gefährlichen Entwicklung in der WHO ergeben sich für dieBasis folgende Forderungen:

- 13. *Die nationale Souveränität der Staaten darf nicht durch die WHO eingeschränkt werden (z.B. durch einen Pandemievertrag).***
- 14. *Die WHO darf keinen weltweiten Gesundheitsnotstand mit verpflichtenden Maßnahmen ausrufen.***
- 15. *Die WHO darf weder verpflichtende Impfungen, Therapien noch Medikamente vorschreiben.***
- 16. *Die WHO soll weiterhin nur die Länder beraten, darf aber keine verpflichtenden Gesundheits-Maßnahmen in den Ländern verordnen und durchführen.***
- 17. *Die Bürger der Mitgliedsländer sollen über die Zustimmung zum Pandemievertrag durch eine Volksabstimmung befragt werden.***
- 18. *dieBasis fordert die WHO auf, zum ursprünglichen Definitionsstatus einer Pandemie zurückzukehren.***
- 19. *dieBasis fordert den Austritt Deutschlands aus der WHO.***
- 20. *Unter den gegenwärtigen Voraussetzungen fordert dieBasis die Auflösung der WHO und Ersatz durch eine unabhängige Institution, die nicht kommerziell und politisch instrumentalisiert wird.***

⇒ **I.H.R. – (International Health Regulations)
Internationale Gesundheitsrichtlinien der WHO**

Zusätzlich mit der Vorlage des Pandemievertrages werden zurzeit, auf Antrag der USA (2022), die I.H.R. aus 2005 überarbeitet und den aktuellen Gegebenheiten angepasst. Diese Richtlinien sind gesetzlich bindend. Sie sollen, soweit bekannt und die Zustimmung der Mitgliedsländer vorausgesetzt, auch in klimabezogenen Krisensituationen der WHO Entscheidungsbefugnis in den Bereichen Wirtschaft, Handel und Reisen übertragen. Die WHO geht davon aus, dass alle Lebensbereiche in die I.H.R. miteinbezogen werden müssen.

- 21. Grund- und Menschenrechte haben bedingungslos zu gelten - auch in Notstandszeiten.**
- 22. dieBasis fordert, der WHO das Recht auf eine übergeordnete Rechtsordnung zu verweigern, die sich über nationales Recht stellt und z.B. das Grundgesetz aushebeln kann.**
- 23. Artikel 2, Abs. 2 Grundgesetz bezüglich der Unversehrtheit des Körpers ist unantastbar und soll auch nicht durch die WHO aufgehoben werden können.**
- 24. Die WHO darf keinen „Klimanotstand“ ausrufen können.**
- 25. Die Macht, die der Souverän an die Parlamente und Regierungen der Nationalstaaten durch Wahlen übertragen hat, darf nicht an undemokratische Organisationen, wie die WHO, weitergereicht werden.**

⇒ **Aufarbeitung der COVID-19 Pandemie-Maßnahmen**

Bislang gibt es keine Aufarbeitung der Maßnahmen und Fehler während der sogenannten Corona-Pandemie auf EU-Ebene. Bislang wurden weder Pharmaindustrie noch Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen. Insbesondere das eigenmächtige Entscheiden der Kommissionspräsidentin von der Leyen bei der Beschaffung der Covid-19 "Impfstoffe" und mögliche Korruptionsvorwürfe in diesem Zusammenhang sind weder politisch noch rechtlich aufgeklärt.

- 26. Es darf für die Pharmaindustrie keinen Haftungsausschluss für Medikamente, Impfstoffe und medizinische Produkte geben.**
- 27. Die verantwortlichen Politiker und Amtsträger müssen für vorsätzliche Fehlentscheidungen zur Rechenschaft gezogen werden können.**
- 28. dieBasis fordert ein Gerichtsverfahren "Nürnberg 2.0" zur Aufarbeitung der in Verbindung mit der sog. Corona-Pandemie erfolgten Maßnahmen und deren Folgen.**
- 29. dieBasis fordert die lückenlose und transparente Aufklärung des Korruptionsverdachtes gegen die Europäische Kommission und die Kommissionspräsidentin.**
- 30. Bei nachweisbaren bewussten Straftaten und bei grober Fahrlässigkeit in Verbindung mit der sog. Corona-Pandemie und den ausgeführten Maßnahmen sind die Verantwortlichen anzuklagen.**

⇒ Europäische Arzneimittel-Agentur EMA

Die Europäische Arzneimittel-Agentur EMA ist eine Agentur der Europäischen Union. Die Aufgabe der EMA, per Definition, ist es, die wissenschaftliche Evaluierung, Überwachung und Sicherheitsüberprüfung von Human- und Tierarzneimitteln in der EU zu gewährleisten. Sie finanziert sich zu 86 % aus Gebühren und Entgelten der Pharmaindustrie und nur zu 14 % aus EU-Geldern und ist damit anfällig für Lobbyismus und Korruption durch die Pharmaindustrie. Ähnlich wie die WHO hält die EMA jedoch weitreichende Kompetenzen, die Auswirkungen auf die Gesundheit aller EU-Bürger haben.

- 31. dieBasis lehnt die Arzneimittel- und Impfstoffzulassung über die zu 86 % aus Finanzmitteln der Pharmaindustrie finanzierte EMA entschieden ab.**
- 32. dieBasis fordert die Arzneimittel- und Impfstoffzulassung ausschließlich auf nationaler Ebene.**

⇒ Verantwortungsvoller Umgang mit Funkstrahlung

Elektrische Geräte, Funktechnologien und Stromleitungen erzeugen elektromagnetische Felder (EMF), deren gesundheitsbelastende Auswirkungen auf Menschen, Tiere und Pflanzen durch weltweite Studien belegt sind, was dennoch kontrovers diskutiert wird. Es gibt eine zunehmende Anzahl von elektrohypersensiblen Menschen, die sich durch Funkbelastung in ihrer Gesundheit beeinträchtigt fühlen und dadurch nicht mehr am öffentlichen Leben und nur eingeschränkt am Arbeitsleben teilnehmen können. Mit der Verbreitung von Funktechnologien auf EMF-Basis, d. h. immer mehr Mobiltelefonen, WLAN und anderen drahtlosen Geräten, wird die Belastung durch Elektrosmog sogar weiter zunehmen.

- 33. dieBasis setzt sich für unabhängige wissenschaftliche Untersuchungen über die Auswirkungen der zunehmenden Belastung durch Elektrosmog auf Menschen, Tiere und Pflanzen und für die Festsetzung angemessener Grenzwerte in der EU ein.**
- 34. dieBasis setzt sich ein für die vorsorgliche Reduzierung von Funkbelastung in öffentlichen Räumen, Hotels und Transportmitteln zum Schutz der Biosysteme vor oxidativem Stress, besonders zum Schutz von Kindern und Elektrohypersensiblen.**
- 35. dieBasis setzt sich ein für funkarme Lebensräume (z.B. im öffentlichen Bahnverkehr, Krankenhäusern, Behörden), damit Elektrohypersensible wieder am öffentlichen Leben teilhaben können.**
- 36. dieBasis setzt sich ein für mehr Verbraucherschutz bei elektronischen Geräten, indem WLAN selbstbestimmt, einfach und sichtbar abschaltbar sein muss, sowie Bedienungsanleitungen, die dazu Erläuterungen geben müssen.**

IV. Für eine gesunde Landwirtschaft und eine intakte Natur

Die jüngsten Bauernproteste in Deutschland, aber auch in den Niederlanden, Frankreich und anderen EU-Ländern haben es gezeigt: Die völlig fehlgeleitete EU-Agrarpolitik mit ihren unzähligen Regularien und Subventionen ist am Ende und wird von den Betroffenen nicht mehr mitgetragen. dieBasis nimmt die Sorgen und Vorschläge der Bauern und Verbraucher ernst und wird sie in das EU-Parlament bringen.

Die Umwelt- und Landwirtschaftspolitik der EU ist grundlegend neu zu definieren und nach dem Prinzip der Subsidiarität zu gestalten.

Ausrichtung an gesellschaftlichen und menschlichen Zielen

Unser Ziel ist es, unsere Grundnahrungsmittel in der EU auf der Basis der natürlichen Bodenfruchtbarkeit und einer artgerechten Tierhaltung selbst zu erzeugen und unsere gewachsenen Kulturlandschaften zu hegen und zu pflegen.

Der Partei dieBasis ist es ein Hauptanliegen, die Menschen vor Ort, die bäuerliche Landwirtschaft, regionale Strukturen und eine möglichst vollständige Kreislaufwirtschaft zu unterstützen und zu entwickeln.

Statt der Ausrichtung der gemeinsamen Agrarpolitik an Konzerninteressen der Agrar- und Ernährungsindustrie sowie an Klimalobbyisten fordern wir dezentrale und vielfältige Lösungen, die im persönlichen Austausch vor Ort zusammen von Verbrauchern und Bauern erarbeitet werden und für biologische und konventionelle Landwirte eine Perspektive bieten.

Bildung und Forschung im Dienste von Mensch und Natur sind hierbei wichtige Bausteine, um Verbrauchern und Bauern das Handwerkszeug zu geben, frei und gut informiert Entscheidungen über ihre Ernährungs- und Wirtschaftsweise zu treffen.

Forderungen zum Tierschutz, zu gesunder Ernährung, zum Naturschutz und nachhaltiger Waldwirtschaft ergänzen unser Programm.

⇒ **Entbürokratisierung**

- 1. Die Fehl-/Überregulierung und die ausufernde Bürokratie, der die Bauern und Bäuerinnen in der EU ausgesetzt sind, müssen zurückgefahren werden.**
- 2. Kontroll- und Verwaltungsaufgaben dürfen nicht an die landwirtschaftlichen Erzeuger abgeschoben werden.**
- 3. Es darf nicht zu einer Beweislastumkehr kommen - die Bauern sollen raus aus der Rolle der Verdächtigen, die immerzu beweisen müssen, dass sie unschuldig sind.**

Durch immer kompliziertere Regelwerke, wie z.B. die Düngeverordnung, die Verordnungen zum Tierschutz oder zur Flächenförderung, ist ein schwer zu durchblickendes und umzusetzendes Geflecht an Regeln entstanden. Doch der eigentlich beabsichtigte Schutz von Verbrauchern, Grundwasser, Tierwohl oder Biodiversität ist durch immer mehr Verbote und Kontrollen sowie widersprüchliche und kontraproduktive Regelungen nicht zu erreichen. Die überbordende Bürokratie hat dazu geführt, dass Bauern immer mehr Zeit mit Verwaltungs- und Dokumentationsaufgaben im Büro verbringen, die ihnen dann für ihre eigentliche Arbeit auf den Feldern und im Stall fehlt. Das führt dazu, dass gerade kleine Bauern zur Aufgabe getrieben werden.

- 4. Die Digitalisierung darf nicht zu Nachteilen für die Betroffenen führen.**

Ohne Computer und Internet ist es gar nicht mehr möglich, alle Verwaltungsanforderungen zu erfüllen. Wir sprechen uns für eine effiziente Nutzung der Digitalisierung aus. Was jedoch auf den Höfen eingesetzt wird, sollten die Betriebsinhaber frei selbst entscheiden dürfen. Es muss weiterhin möglich sein, auch ohne digitale Ausstattung Landwirtschaft zu betreiben.

5. *Wir lehnen die Überwachung der Betriebe durch KI und Satelliten ab.*

Aktuelle Entwicklungen, wie die lückenlose Überwachung der Felder durch KI- und Satelliten-gestützte Systeme, die noch dazu sehr fehleranfällig sind, führen zu immer weniger Entscheidungsfreiheit. Landwirte fühlen sich zunehmend gegängelt.

6. *Ständige Änderungen von Vorgaben gefährden die Planungssicherheit der Betriebe und sollen deshalb vermieden werden.*

Da die Regeln auch alle paar Jahre unvermittelt geändert werden, ist eine Planung in die Zukunft kaum möglich, da Investitionen, z. B. in neue Ställe, eine verlässliche Grundlage brauchen. Vor allem für kleine Betriebe wird es zunehmend erschwert, neue und innovative Lösungen zu finden.

⇒ **Dezentralität**

7. *Ein wirkliches Mitspracherecht von betroffenen Bauern und Verbrauchern bei Gesetzesbeschlüssen und Verordnungen auf EU-Ebene soll eingerichtet werden.*

8. *EU-weite Richtlinien und Verordnungen sollen nur Rahmenbedingungen schaffen, möglichst viele Entscheidungen sollen dezentral vor Ort / von den untersten jeweils zuständigen Entscheidungsorganen getroffen werden.*

9. *Der Einfluss von Großkonzernen und Industrie sowie nicht gewählten Interessensvertretern muss zurückgedrängt und mit klaren Regeln begrenzt werden.*

Der „Europäische Green Deal“ oder das „Farm-to-Fork“-Programm sind reine Produkte der EU-Administration, die von der Partei dieBasis abgelehnt werden. Eine inhaltliche Abstimmung der Regularien erfolgt immer nur auf den verschiedenen Ebenen der Administration bis hinunter zur Ebene der Bundesländer, vertreten durch die jeweiligen Ministerien. Ein demokratischer Prozess durch aktive Beteiligung von verschiedenen Parlamenten oder gar der betroffenen Landwirte und Verbraucher findet nicht statt. Für die Vertretung der Bauern und Verbraucher bräuchte es aber Verbände, die unabhängig und basisdemokratisch organisiert sind. Stattdessen wirken in Brüssel zahlreiche Interessensvertretungen, Nichtregierungsorganisationen und Lobbyisten an der Entwicklung und Ausgestaltung der Landwirtschafts- und Umweltpolitik und der Umsetzprogramme mit.

10. *Ausrichtung der Landwirtschaft auf die Ernährungssouveränität der Bevölkerung in der EU und erst nachrangig auf den Weltmarkt.*

Extrem niedrige Weltmarktpreise haben dazu geführt, dass die Landwirte die großen Verlierer dieses Systems geworden sind. Am Weltmarkt verdienen in erster Linie weltweit agierende Handelskonzerne, Agrochemieindustrie, Lebensmittelkonzerne und Börsenspekulanten. Wir wollen diese Geldflüsse umlenken, eine umfängliche Selbstversorgung der EU bei der Ernährung sicherstellen und für deutlich höhere Erzeugerpreise sorgen, ohne dass die Verbraucherpreise groß steigen. In der EU hochsubventionierte landwirtschaftliche Produkte dürfen in dieser Form nicht mehr exportiert werden, weil sie in den Zielländern die dortigen landwirtschaftlichen Produkte verdrängen.

11. *Wenn Förderprogramme, dann die Förderung von lokaler Kreislaufwirtschaft und kleinen, regionalen Strukturen bei der Lebensmittelproduktion und -vermarktung.*

dieBasis setzt auf möglichst kleinräumige Strukturen, basisdemokratische Entscheidungen und mehr Eigenverantwortung der Bauern und Verbraucher. Je kürzer der Weg vom Bauern zum Verbraucher, desto weniger bürokratische Hürden soll es geben.

⇒ **Zukunftsperspektiven für Landwirte**

12. dieBasis setzt sich ein für den Erhalt bäuerlicher Landwirtschaft.

13. Das Landgrabbing durch große Investoren ist zu unterbinden.

14. dieBasis fordert die Abkehr vom System der Agrarförderung (Subventionen) hin zu einer fairen Preisgestaltung für die landwirtschaftlichen Produkte.

Viele selbständige Bauern und eine breite Streuung des Eigentums auch in der Landwirtschaft sind der Garant unserer Ernährungssouveränität. Landgrabbing durch Agrarkonzerne und große Investoren gibt es nicht nur im globalen Süden, sondern auch bei uns und gefährdet unsere bäuerliche Landwirtschaft.

Die EU-Agrarsubventionen sind der größte Einzelposten im Haushalt. Die EU pumpet Milliarden in die Landwirtschaft, doch gefördert werden vor allem Flächenbesitzer und Großbetriebe. Daher wollen wir die Kappung der EU-Subventionen für große Investoren und sprechen uns stattdessen für einen Ausbau der Förderung kleiner, für den regionalen Markt produzierende Betriebe aus. Die Partei dieBasis hinterfragt die derzeitige EU-Agrarpolitik und setzt sich für grundlegende Änderungen in Richtung kostendeckende und die Leistungen der Bauern wertschätzende Erzeugerpreise und weniger staatliche Förderung der großen landwirtschaftlichen Betriebe ein.

Solange das System der Subventionen noch besteht, sind wir gegen weitere Kürzungen für kleinere Betriebe, ohne dass die Mehrkosten über die Preise an die Verbraucher weitergegeben werden können.

Langfristig haben wir vor, die staatliche Subventionierung landwirtschaftlicher Betriebe überflüssig zu machen und stattdessen Lösungen zu finden, die es auch kleinen Betrieben ermöglicht, von ihren Produkten und bezahlten Dienstleistungen für die Gesellschaft (Landschaftspflege) zu leben.

15. Importierte Lebensmittel müssen die Standards der EU erfüllen.

16. Keine Freihandelsabkommen (z.B. TTIP, CETA, MERCOSUR), sondern im Gegenteil Schutzzölle auf Waren, die auch im Binnenraum erzeugt werden können.

Wir wollen nur mit Betrieben und Ländern, die zu unseren sozialen und ökologischen Standards produzieren, freien Handel betreiben. Aktuelle Freihandelsabkommen wie CETA und MERCOSUR sind so ausgestaltet, dass sie den bäuerlichen Betrieben, den Verbrauchern und der Umwelt nur Nachteile bringen. Dadurch drängen Billigprodukte aus dem Ausland auf den heimischen Markt, die z. T. mit Pflanzenschutzmitteln hergestellt werden, die in der EU schon seit Jahrzehnten verboten sind, gentechnisch verändert wurden oder unter unmenschlichen Arbeitsbedingungen erzeugt werden. Unter diesen Umständen kann die heimische Landwirtschaft nicht konkurrenzfähig sein.

17. dieBasis fordert, landwirtschaftliche Flächen (Äcker, Wiesen und Weiden) für die Lebensmittelerzeugung zu erhalten.

18. Die Leistungen für den Erhalt der Kulturlandschaft sollten angemessen vergütet werden.

19. Die Saatgutautonomie der Bauern, d.h. der freie Zugang zu Saatgut auch ohne Lizenz- und Nachbaugebühren, muss gewährleistet sein.

20. Patente auf die Natur, also Pflanzen, Tiere und Samen darf es nicht geben.

Statt auch im Bereich der Lebensmittelerzeugung, wie schon in der Energieversorgung und der Versorgung mit Medikamenten, zunehmend vom Ausland abhängig zu werden, sind wir dafür, dass die Landwirtschaft gestärkt wird und damit auch unsere vielfältige und kleinteilige Kulturlandschaft erhalten bleibt. Dazu gehört auch die Züchtung von samenfesten und angepassten Lokalsorten sowie der Erhalt von alten Kultursorten und Tierrassen und der Erhalt der Weidewirtschaft. Die Bauern dürfen nicht abhängig von Agrarkonzernen werden, die sich durch neue Gentechnik gezüchtete Pflanzen patentieren lassen. Ohne Wiesen und

Äcker verschwindet auch ein Großteil unserer vielfältigen Flora und Fauna!

21. dieBasis lehnt den Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen ab, insbesondere auch die Genom-Editierung mit neuen Verfahren wie CRISPR/Cas.

22. dieBasis fordert die Sicherstellung des gentechnikfreien Anbaus und einer ökologischen Pflanzenzüchtung.

Nach den aktuellen Vorschriften unterliegen alte und neue Gentechnik einer EU-Zulassung. Diese gewährleistet eine Risikobewertung für die menschliche Gesundheit und die Umwelt, Transparenz für Hersteller und Landwirte sowie eine klare Kennzeichnung für die Verbraucher. dieBasis lehnt die von der EU betriebene Deregulierung der Gentechnik ab. Der ganz große Teil der Pflanzen, die mit neuartigen Gentechnik-Verfahren gentechnisch verändert wurden, würde nach diesem Vorschlag einfach so auf den Markt durchgewunken – ohne Zulassungsverfahren, ohne Risikoprüfung und ohne Kennzeichnung! Damit werden Landwirte, Lebensmittelhersteller, Einzelhandel und jeder einzelne Bürger daran gehindert, sich für gentechnikfreie Produkte zu entscheiden.

Die neue Gentechnik ist weder nachhaltig, noch lassen sich mit ihr Pestizide reduzieren oder das Klima schützen. Vielmehr geht es um die massive Erhöhung von Konzerngewinnen, da sich durch neue Gentechnik gezüchtete Pflanzen patentieren lassen und die Sorten auf wenige genetisch monotone Arten mit Urheberschutz reduziert werden.

Die gentechnisch veränderten Pflanzen würden unkontrollierbar und nicht mehr rückholbar in die Umwelt entlassen, ohne dass die möglichen ökologischen und gesundheitlichen Folgen auch nur ansatzweise erforscht wären.

23. Wir sind gegen Photovoltaikanlagen auf Ackerflächen, es sei denn, der Boden bleibt weiterhin landwirtschaftlich nutzbar.

Fruchtbare Ackerfläche sollte grundsätzlich zur Nahrungserzeugung und nicht zur Energiegewinnung genutzt werden. Photovoltaikanlagen auf Ackerflächen und Wiesen kommen nur dann ausnahmsweise in Frage, wenn die verwendete Technologie (z.B. Agrophotovoltaik) die landwirtschaftliche Nutzung der Flächen nicht einschränkt und das Landschaftsbild nicht zerstört.

⇒ Verbraucherschutz, Ernährung

24. Es braucht eine ehrliche und umfassende Kennzeichnung von Lebensmitteln als Basis für eine informierte Kaufentscheidung.

25. dieBasis fordert die transparente Kennzeichnung von Lebensmitteln, insbesondere bei Beimischung von tierischen Bestandteilen, auch Insekten, sowie bei Verwendung von gentechnisch verändertem Futter.

26. dieBasis ist gegen künstliche Fleisch- und Gemüseerzeugung aus Laboren, Fabriken und 3D-Druckern („Vertikal-Farming“, synthetisches Laborfleisch).

27. Die Ernährungssicherheit in der EU ist EU-intern ohne Abhängigkeit vom Ausland zu gewährleisten.

Die Politik darf nicht vorgeben, was wir zu essen haben. Wir möchten Rahmenbedingungen schaffen, die es uns ermöglichen, auf industriell gefertigte Nahrungsmittel zu verzichten. Gesunde, wenig verarbeitete Bioprodukte und verantwortungsvoll hergestellte konventionelle Produkte sind teurer als mit billigen Zusatzstoffen hergestellte, stark verarbeitete Nahrung aus Massenproduktion. Würde der Schaden an Gesellschaft und Natur mitberücksichtigt, würde sich das Kostenverhältnis wohl eher umkehren. Der Binnenmarkt ist so zu regeln, dass gesunde, naturnahe Lebensmittel auf kurzen Transportwegen beim Verbraucher ankommen. Die Herkunft der Nahrungsmittel und die Qualität der Produktion sollen klar und einfach erkennbar sein. Den Verbrauchern muss es möglich gemacht werden, sich auch ohne umfassende Vorkenntnisse beim Einkauf für die Produkte zu entscheiden, die ihren Vorstellungen von einer gesunden Ernährung oder einer artgerechten

Tierhaltung entsprechen.

- 28. Die Mehrwertsteuer auf unverarbeitete Grundnahrungsmittel aus dem Binnenmarkt soll auf Null gesetzt werden.**
- 29. Durch Förderung der Direktvermarktung soll die Verteuerung der Lebensmittel durch Zwischenhandel und Spekulation verringert werden und mehr beim Erzeuger verbleiben.**
- 30. Nahrungsmittel dürfen kein Spekulationsobjekt sein.**

Lebensmittel brauchen mehr Wertschätzung und höhere Preise für die Erzeuger, müssen aber auch bezahlbar bleiben. Preissteigerungen kann entgegengewirkt werden durch Verkürzung der Handelswege, Reduzierung von Zwischenhandel, Senkung der Mehrwertsteuer und das Verbot von Spekulation auf Nahrungsmittel an Weltmarktbörsen.

⇒ Tierschutz

- 31. Industrielle, insbesondere tierquälerische Massentierhaltung soll abgeschafft werden.**
- 32. Billige Einfuhren von tierischen Produkten aus Massenproduktion sollen verhindert werden.**
- 33. dieBasis unterstützt die Förderung von Weidehaltung.**
- 34. Lebetiertransporte aus der EU hinaus und hinein sollen unterbunden werden.**
- 35. Wir lehnen Impfpflichten und mRNA-Impfungen in der Tierhaltung ab.**
- 36. Homöopathische Anwendungen in der Tierhaltung müssen uneingeschränkt möglich bleiben.**

Den Mitgliedern der Partei dieBasis geht es darum, kein unnötiges Leid über die Tierwelt zu bringen und in friedlicher Koexistenz mit Wild- und Haustieren zusammenzuleben. Derzeit konkurriert die heimische Tierhaltung mit der Billigproduktion im Ausland, was zu einem Zwang von immer mehr Leistung auf immer weniger Fläche geführt hat. Auch Auswüchse, wie die tierquälerische Zucht, z. B. bei Puten mit Riesenbrüsten oder Kühen mit extrem großen Eutern, resultierten aus diesem Druck, immer günstiger mehr zu erzeugen. Höhere Standards einer artgerechten Tierhaltung, die von vielen Verbrauchern gewünscht werden, sind nur dann von den Betrieben zu verwirklichen, wenn die mit mehr Aufwand produzierten Produkte auch Abnehmer finden. Hier sind die Käufer in der Verantwortung. Solange sie beim Einkaufen nur auf den Preis achten, kann sich nichts ändern. Wir wünschen uns daher künftig eine höhere Wertschätzung von tierischen Produkten, damit dadurch eine tierfreundlichere Haltungsweise möglich wird. Die Tiere als unsere Mitgeschöpfe verdienen Respekt und Fürsorge. Bei artgerechter Tierhaltung werden weniger Impfungen und Medikamente benötigt. Der Beruf des Tierheilpraktikers sowie naturheilkundliche und homöopathische Therapien bei Tieren sind daher zu erhalten.

⇒ Natur- und Wasserschutz

- 37. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Kunstdüngern soll auf definierte Grenzwerte beschränkt werden.**
- 38. dieBasis setzt sich für die Förderung der Umstellung auf biologische Landwirtschaft ein.**
- 39. dieBasis setzt sich für die Förderung der Erforschung innovativer landwirtschaftlicher Anbaumethoden (wie z.B. Permakultur) ein.**
- 40. Die Genehmigung für Glyphosat muss zurückgenommen werden.**
- 41. Es sollen technologische Innovationen entwickelt werden und auch altherkömmliche Dünge- und Pflanzenschutzmöglichkeiten wiederbelebt werden, um Alternativen zum**

Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Kunstdüngern zu bieten.

- 42. *Es braucht eine unabhängige Forschung, um die tatsächlichen Auswirkungen der landwirtschaftlichen Methoden und eingesetzten Mittel auf Natur, Artenvielfalt, Umwelt und Gesundheit zu belegen.***

Der Wunsch von Verbrauchern und Gesellschaft an die Landwirtschaft ist ganz klar: Die Artenvielfalt, die Kulturlandschaft und die natürlichen Lebensgrundlagen wie fruchtbarer Boden, sauberes Wasser und ein gesunder Wald sollen erhalten bleiben. Um diese Ziele zu ermöglichen, sind aber einseitige Verbote, immer mehr Gesetze und genauere Regelungen nicht der richtige Weg. Kein Bauer wird von sich aus mit Absicht der Natur und Tieren Schaden zufügen. Es gilt einen Rahmen zu schaffen, der den Bauern ein Wirtschaften im Einklang mit der Natur ermöglicht. Forschung und Bildung im Dienste von Mensch und Natur sind hierbei wichtige Bausteine, um Verbrauchern und Bauern das Handwerkszeug zu geben, frei und gut informiert, Entscheidungen über ihre Ernährungs- und Wirtschaftsweise zu treffen.

- 43. *Der Verbrauch und die Versiegelung von Flächen durch Bebauung muss stark eingeschränkt werden, um die Flächen für Natur und Landwirtschaft nicht noch weiter zu verringern.***

Bislang obliegt dieses Thema der Hoheit der Nationalstaaten. Seit einigen Jahren hat sich die EU dieses Themas in verschiedenen Strategien angenommen. Die anvisierte Wiederherstellung von Ökosystemen ist grundsätzlich zu begrüßen. Statt jedoch der Landwirtschaft pauschal durch die vorgesehene dauerhafte Flächenstilllegung von 4% der Betriebsfläche aller landwirtschaftlichen Betriebe Flächen für Naturschutz zu entziehen (auch wenn die Regelung für 2023 und 2024 ausgesetzt wurde), sollte nach Betriebsgrößen (mit einer Ausnahme für kleine Betriebe) differenziert werden und eher der Druck der städtebaulichen und industriellen Flächenausweitung auf die Landwirtschaft verringert werden.

- 44. *Trinkwasser ist ein Grundrecht. Es darf keine Privatisierung von Wasserrechten geben.***
- 45. *Die Trinkwasserversorgung muss vor industrieller Nutzung und wirtschaftlichen Interessen stehen.***
- 46. *Wasserver- und -entsorgung als Daseinsvorsorge gehören in kommunale Hand und dürfen nicht profitorientiert betrieben werden.***
- 47. *Wir fordern ein nachhaltigeres Wassermanagement: Bei der Entnahme und Nutzung von Wasser muss sichergestellt werden, dass der Grundwasserspiegel und der natürliche Wasserkreislauf erhalten bleiben.***

⇒ **Waldschutz und -politik**

48. Ursprüngliche Naturwälder bedürfen eines gesonderten Schutzes.

Noch weitgehend intakte ursprüngliche Naturwälder sind zu erhalten und besonders zu schützen. Eine Aushebelung des Naturschutzes unter dem Alibi des Klimaschutzes wie z.B. für die Errichtung von Windkraftträdern im Reinhardswald in Hessen darf nicht erfolgen.

49. Waldpolitik sollte Sache der Nationalstaaten sein, da aufgrund der Heterogenität keine allgemein gültigen Regeln, wie z.B. die einheitliche Regelung für entwaldungsfreie Lieferketten, in der EU gelten können (Subsidiaritätsprinzip).

Bis Mitte 2023 war der Wald keine durch EU-Verordnungen überregulierte Ressource. Und dieses sollte er auch bleiben, denn Waldwirtschaft in Deutschland und den meisten EU-Staaten entspricht weitgehend den Prinzipien nachhaltiger Waldwirtschaft. Mit der neuen EU-Waldstrategie 2030 im Rahmen des Green Deal sind jedoch u.a. Einschränkungen für die Vielfaltigkeit in der Waldbewirtschaftung durch großflächige Außernutzungsstellungen, Einschränkungen bei der Holzernte sowie Eingriffe in das Eigentumsrecht vorgesehen. dieBasis unterstützt die nachhaltige Waldbewirtschaftung durch Förster und Waldbauern und lehnt die Einmischung der EU in die Waldbewirtschaftung abgesehen von Anreizen zur Naturverjüngung und Aufforstung in Regionen der EU mit geringem Waldbestand ab.

V. Umweltschutz, Daseinsvorsorge und Technologieoffenheit statt Klimaideologie

In Politik und Medien wird seit vielen Jahren darüber gesprochen und geschrieben, dass die Erderwärmung zu einer Klimakatastrophe für die Menschheit und den Planeten führe. Die EU - speziell Deutschland - will wieder einmal Vorreiter für Lösungen sein. Mit dem Klimaargument werden alle unsinnigen und unmenschlichen Maßnahmen begründet. In der EU nennt man das „Green Deal“.

Die Natur stellt unsere unverzichtbare Lebensgrundlage dar. Wir sind deshalb nicht nur moralisch zu einem respektvollen und nachhaltigen Umgang mit ihr verpflichtet. Wir wollen ein gesundes Leben im Einklang mit der Natur, mit stabilen Ökosystemen und großer Artenvielfalt. Wir achten und bewahren die Schöpfung. Anders als derzeitig wollen wir für die Zukunft ein anderes Wirtschaftsmodell etablieren, das nach dem *Cradle-to-VersioCradle-Prinzip* arbeitet: Es produziert langlebige, vollständig recycelbare oder biologisch abbaubare Produkte. Einweg- und Wegwerfverpackungen werden auf umweltverträgliche Kreislaufwirtschaft umgestellt. Sämtliche Techniken, die im öffentlichen und privaten Raum zum Einsatz kommen, werden umfassend geprüft und müssen gesundheitlich und für die Umwelt unbedenklich sein.

Spätestens seit dem sogenannten „Green Deal“ wird in der EU jedoch inzwischen fast jede Politik einschließlich der Umweltpolitik unter das Primat des Klimaschutzes und der Reduzierung von CO₂ Emissionen gestellt. Damit einher gehen weitreichende Eingriffe in die Energiewirtschaft, die Unternehmen, aber auch in Privathaushalte. Wirklicher Umweltschutz wird ungenügend beachtet und Energiekonsum verteufelt.

Eine umweltverträgliche Energieversorgung ist Daseinsvorsorge!

Die heutige menschengenutzte Energie ist eine begrenzte Ressource und besteht aus fossilen und regenerativen Anteilen. Jede Form der Energieerzeugung ist auch mit nachteiligen Auswirkungen auf unsere Um-/Mitwelt verbunden.

- Fossile Energieträger schädigen die Umwelt bereits bei deren Förderung und emittieren bei Transport und Verbrennung neben Schadstoffen auch große Mengen von Gasen (CO₂, Methan...), die für die Erderwärmung verantwortlich gemacht werden.
- Die Nutzung der Atomenergie, als Risikotechnologie, kann mit fossilen Energieträgern verglichen werden, da Brennstoffgewinnung (Uran, Thorium) und Atommüllentsorgung mit erheblichen Umweltbelastungen (auch CO₂) verbunden sind.
- Sogenannte regenerative Energieressourcen stehen bislang auch nur begrenzt zur Verfügung und deren exzessive Erschließung schädigt ebenfalls Umwelt, Natur und Gesellschaft und konkurriert ggf. mit der Nahrungsmittelerzeugung.

⇒ Unser Umgang mit dem Klimanarrativ

Spätestens seit der Coronakrise sind bei vielen Menschen Zweifel an der Objektivität und Glaubwürdigkeit von Wissenschaft entstanden. Das Narrativ des Klimawandels wird uns gebetsmühlenartig vorgetragen. Wer skeptisch ist, wird schnell als „Klimaleugner“ diffamiert. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die den Menschen, seinen Lebenswandel und die Emissionen der Industrialisierung auf Basis fossiler Brennstoffe für verantwortlich halten, daraus ein Katastrophenszenario vom Klimawandel für die Menschheit ableiten und entsprechend radikale Gegenmaßnahmen fordern bis hin zu Eingriffen in Freiheitsrechte. Ihnen gegenüber stehen diejenigen, die bezweifeln, dass die verfügbaren Daten eine alleinige Verantwortung des Menschen für eine Klimaerwärmung hergeben, und die Angemessenheit und Wirksamkeit der vorgesehenen Gegenmaßnahmen in Frage stellen.

Die Partei dieBasis ist sich des Phänomens der „Klimaerwärmung“ durchaus bewusst und dass auch der Mensch mit seinem Handeln (z.B. Rodung von Wäldern, Bodenversiegelung) dazu beiträgt. Wir folgen jedoch nicht dem gängigen Narrativ vom menschengemachten Klimawandel durch CO₂-

Emissionen. Letztlich erscheint uns der Einfluss des Menschen hier sehr begrenzt zu sein. Hingegen sieht dieBasis eine große Gefahr dahingehend, dass das CO₂-Narrativ zum Abbau von Demokratie und Freiheitsrechten sowie zur Erhebung neuer Steuern benutzt wird.

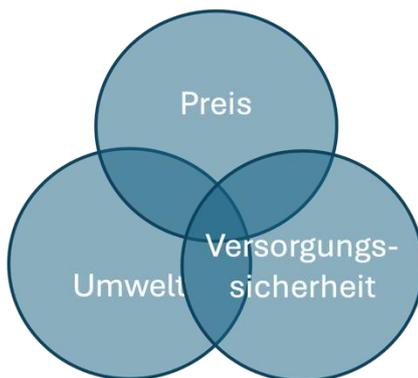
1. **dieBasis fordert eine ausgewogene wissenschaftliche Neubewertung der Entwicklung des Weltklimas auch mit Anhörung von Wissenschaftlern, die die CO₂-These nicht bestätigen können.**

Zum Thema „Klima“, ist zwischen Wetterphänomen und großräumigen und langfristigen Veränderungen des globalen Klimas zu unterscheiden. Ersteren wird mit kleinräumigen Eingriffen in das Wetter (z.B. das Impfen von Wolken mit Silberiodid), letzteren mit Anpassung an Klimaveränderungen oder auch groß angelegten technologischen Eingriffen in die Atmosphäre (Geoengineering) begegnet. Dazu hat dieBasis drei Forderungen:

2. **dieBasis lehnt gezielte manipulative Eingriffe in das Wettergeschehen ab.**
3. **dieBasis lehnt das Geoengineering (z.B. Sonnenverdunklung) zur Klimabeeinflussung ab.**
4. **Der Erhalt von Wäldern, Feuchtgebieten (z.B. Mooren) und marinen Ökosystemen (z.B. Korallenriffen) ist der beste Beitrag zum Schutz unserer klimatischen Lebensgrundlagen.**

⇒ **Allgemeine Forderungen im Bereich Energie und Umwelt - das „Ziel-Viereck der Energiewirtschaft“: ökologisch, regional, preisgünstig und versorgungssicher**

Energieversorgung ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und sollte deshalb technologieoffen und ideologiefrei sein. Da die Energieversorgung aus technischen Gründen zu Monopolen führen kann, müssen der Betrieb und die Profite staatlich reguliert werden. Im Zentrum einer gelungenen Energiepolitik stand in der Vergangenheit immer ein Kompromiss im sogenannten Ziel-Dreieck aus Preis, Umwelt und Versorgungssicherheit (s. Abb.1). D.h. alle Alternativen müssen nach vielen Kriterien bewertet werden, nicht nur nach dem Thema „CO₂=Klima“. Eine Energiewende, die Klimaneutralität verspricht, aber gleichzeitig Preis, Versorgungssicherheit und Geopolitik außer Acht



lässt, wird scheitern.

Abb.1: Das klassische Zieldreieck der Energieversorgung. Die drei Aspekte Preis, Umwelt und Versorgungssicherheit müssen alle gleichermaßen berücksichtigt werden (links).



Abb.2: Angestrebte Erweiterung des Zieldreiecks um die Dimension „Regionalität“ zu einem Zielviereck (rechts).

DieBasis regt zudem an, zum Zieldreieck als vierte Dimension die Regionalität hinzuzufügen, da wir

einerseits aus Gründen der Machtkontrolle den Einfluss großer Energiekonzerne reduzieren wollen und andererseits glauben, dass eine zusätzliche regionale Komponente unsere Gesellschaft unabhängiger von geopolitischen Strömungen und Terroranschlägen (siehe *Nordstream 2*) macht. Außerdem stärkt es die Kreislaufwirtschaft und reduziert den Warentransport. Dadurch ergibt sich ein Zielviereck (s. Abb.2).

Kernenergie ist eine Risikotechnologie, die die Umwelt belastet. Andererseits könnte sie zumindest in einer Übergangszeit eine notwendige Ergänzung zu erneuerbaren Energien darstellen. Die Partei dieBasis ist offen für eine Weiterentwicklung der friedlichen Nutzung der Kernenergie in Europa durch neue, sicherere, dezentrale Technologien. Kernenergie Ja oder Nein ist auf jeden Fall ein Thema, das in einer Volksabstimmung entschieden werden sollte.

Last but not least: Der größte Energieverbraucher, Umwelt- und Klimaschädling ist die Kriegspolitik durch die Zerstörungen und die Emissionen des Militärs in Kriegen. Als Friedenspartei tun wir in diesem Sinne doppelt Gutes.

Unter Berücksichtigung der komplexen Zusammenhänge eines Ziel-Vierecks werden folgende allgemeine Forderungen formuliert.

- 5. dieBasis fordert Umweltschutz statt Klimaideologie.**
- 6. Umweltschutz und sogenannter „Klimaschutz“ dürfen nicht gegen elementare Lebensinteressen (z.B. der Landwirte) durchgesetzt werden. Wichtig ist ein fairer Interessenausgleich.**
- 7. Maßnahmen zum Umweltschutz und zur Anpassung an veränderte klimatische Bedingungen müssen zum gegenseitigen Vorteil von Mensch und Natur auf regionaler und kommunaler Ebene ausgehandelt werden.**
- 8. Oberste Priorität bei der Energieversorgung muss eine sichere, zuverlässige, umweltverträgliche und bezahlbare Energieversorgung für Bürger und Industrie sein.**
- 9. Bei der Energieerzeugung ist generell nach dem Grundsatz Kooperation statt ideologischer Konfrontation zu handeln.**
- 10. dieBasis strebt als langfristiges Ziel die Energieautonomie in der EU an.**
- 11. dieBasis ist für möglichst dezentrale Energieerzeugung.**
- 12. Die Energieversorgung muss dem Gemeinwohl verpflichtet sein.**
- 13. Kommunale/staatliche und private Energieerzeuger sollen gleich behandelt werden.**
- 14. Die Energieerzeugung und Forschung zu alternativen Energiequellen haben auf ingenieurtechnisch-wissenschaftlicher Basis technologieoffen nach den Maßgaben des Ziel-Vierecks zu erfolgen.**
- 15. dieBasis ist gegen den von der EU geplanten Ausstieg aus fossilen Energieträgern bis 2030.**
- 16. dieBasis lehnt die Festlegung von starren Ausstiegsterminen zu Lasten technisch durchdachter und wirtschaftlich solider Lösungskonzepte ab.**
- 17. dieBasis fordert die Förderung der regionalen Energieerzeugung und von Insellösungen je nach technologischen Möglichkeiten.**
- 18. Die Erzeugung von Bioenergie darf nicht zu Lasten der Flächen für Nahrungsproduktion gehen.**
- 19. dieBasis ist gegen einen Ausbau der Windenergie zu Lasten von Landschaftsschutz, Gesundheit, Natur und Grundwasser.**
- 20. dieBasis fordert konsequente Friedenspolitik, friedliche Koexistenz mit weltweiter Abrüstung auch als wesentliche Schritte zu Versorgungssicherheit, Ressourcenschonung und Umweltschutz. (siehe auch Themenblock Friedens- und Sicherheitspolitik)**
- 21. dieBasis setzt sich für eine Instandsetzung und die Wiederinbetriebnahme der Nord**

Stream Pipelines zur Gasversorgung ein. (siehe auch Themenblock II. Friedens- und Sicherheitspolitik)

⇒ **Regulierung des Energiebereichs – Entbürokratisierung**

Die Energiewirtschaft war bis in die 90er Jahre ein durch minimale staatliche Regulierung (das Energiewirtschaftsgesetz EnWG hatte 8 Seiten) geprägter Markt, der günstige und sichere Strom- und Gasversorgung gewährleistete. Durch immer mehr staatliche Eingriffe (Deregulierung, EEG, Atomausstieg, Kohleausstieg) wurde dieser zu einem schwer durchschaubaren bürokratischen Dickicht (heute hat das EnWG ca. 150 Seiten), von dem vor allem die Investoren profitieren. Geblieben ist mit dem *merit-order* Prozess lediglich ein Scheinmarkt, der zudem gezielt die günstigsten Kraftwerke aus dem Rennen genommen hat. Das Dickicht an Regeln hat in den letzten Jahren zu einer zu starken Einflussnahme von Lobbyisten, Klimahysterikern und EU-Bürokraten in der Energiepolitik geführt. Den Kunden haben die „Ingenieurlösungen“ des Umbaus die weltweit höchsten Strompreise beschert. Anstelle einer einseitigen Ausrichtung auf „CO₂-Vermeidung“ müssen wir zurück zu einem Ziel-Dreieck oder sogar einem Ziel-Viereck (s.o.).

Die allgemein angewandte CO₂-Buchhaltung ist kontraproduktiv und belastet einseitig die Unternehmen der EU. Erstens werden die CO₂-Kosten zum Teil über Subventionen an exportorientierte Unternehmen erstattet, zweitens wird die Produktion nach Asien und Amerika verlagert und erzeugt dort noch mehr CO₂. Deshalb hat der CO₂-Zertifikatehandel keinen wirklichen Einfluss auf das Klima, selbst wenn man von dessen Klimaschädlichkeit überzeugt ist. Auch Initiativen wie das CBAM Gesetz (Verordnung (EU) 2023/956) zur Schaffung eines CO₂-Grenzausgleichssystems auf Importe von außerhalb der EU lehnen wir ab. Es würde bedeuten, dass ab 2026 auch Privatpersonen betroffen sind, die z. B. für Urlaubsmitbringsel ab einem Wert von 150 € CO₂-Zertifikate zukaufen müssten.

- 22. Die Regeln im Energiebereich müssen wieder knapp und transparent werden.***
- 23. dieBasis fordert eine Ausforstung und Überarbeitung der EU-Klimaregularien unter Verzicht auf pauschale Bevormundung sowie den Abbau der Hindernisse für regional- und situationsspezifische Lösungen.***
- 24. Die der regionalen Energieerzeugung entgegenstehenden Wettbewerbsregeln und Regularien sind zu überarbeiten.***
- 25. Statt der Energiebörsen sind gerechte alternative Mechanismen der Energieverteilung zu entwickeln.***
- 26. Die CO₂-Buchhaltung, CO₂-Steuern und der CO₂-Zertifikatehandel sind umgehend abzuschaffen, da sie kontraproduktiv sind, Spekulation fördern und nur Unternehmen und Bürger belasten.***
- 27. dieBasis fordert die Abschaffung des CO₂-Grenzausgleichssystems (CBAM) mit seinem CO₂-Zertifikatezwang auf Importe auch für Privatpersonen, weil es keinen nachgewiesenen Nutzen bringt, sondern nur mehr Bürokratie, insbesondere für den Mittelstand.***

⇒ **Verkehrswende - Weniger Verkehr durch mehr Regionalität**

Regionalität ist ein Kernelement, um auch den Verkehr wieder auf ein erträgliches Maß zu reduzieren. Bei mehr regionaler Herstellung von Produkten und direkterer Vermarktung können Transporte eingespart werden. Auch im industriellen Bereich verkürzen sich die Lieferketten beim Ausbau regionaler Kreislaufwirtschaft. Im Unterschied dazu sehen wir die staatlich verordnete Reduktion individueller Mobilität (z.B. im Rahmen von sogenannten 15-Minuten-Städten) kritisch, da diese für viele Menschen persönliche Freiheit bedeutet, die auch für ältere und behinderte Menschen erhalten bleiben muss. Das EU-Gesetz vom März 2023 verbietet ab 2035 faktisch den Verbrennungsmotor, ohne hier zum Beispiel klimaneutralen Kraftstoffen (*Power to Gas; Power to Liquid*) eine Chance zu geben. Angesichts der wenig überzeugenden Öko-Bilanz von E-Autos muss

man hier von ideologischer Gesetzgebung sprechen.

- 28. dieBasis unterstützt Maßnahmen zur Regionalisierung der Produktion und die Verkürzung von Lieferketten zur Reduzierung von Verkehr.**
- 29. dieBasis lehnt Einschränkungen der individuellen Mobilität wie durch das Konzept der sogenannten „15-Minuten-Städte“ ab.**
- 30. dieBasis ist für den Erhalt des Individualverkehrs.**
- 31. Auch die Individualmobilität muss nachhaltig werden – aber dies ideologiefrei und offen für alle Technologien.**
- 32. Innovationen, technologische Vielfalt und Technologieoffenheit bei der Mobilität sind zu fördern.**
- 33. dieBasis fordert die Weiterentwicklung und Nutzung der Verbrenner-Technologien und nur sinnvolle umweltverträgliche Anwendungen der Elektromobilität.**
- 34. dieBasis ist für die Rücknahme des vom EU-Parlament beschlossenen Verbrenner-Aus für Neuwagen ab 2035.**
- 35. Eine Änderung von umweltbelastendem Mobilitätsverhalten sollte durch intelligente Angebote statt mit Verboten bewirkt werden.**
- 36. dieBasis fordert den flächendeckenden Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs zur Entlastung des Individualverkehrs.**
- 37. dieBasis fordert Reparatur und Ausbau des EU-weiten Schienennetzes zur Entlastung der Straßentransporte.**

⇒ **Energieeffizienz - innovativ und freiwillig**

In der Europäischen Union sollen bis 2050 alle Gebäude klimaneutral sein. Damit das gelingt, sollen nach dem Willen des Rates der Mitgliedstaaten ab 2030 nur noch klimaneutrale Wohnhäuser gebaut werden dürfen. Für bereits existierende Häuser und Wohnungen sollen zudem Mindestnormen für die Energieeffizienz gesetzt werden. Die geplante Reform der EU-Gebäuderichtlinie (EPBD) auf strengere Vorgaben zur Energieeffizienz von Immobilien ist ingenieurmäßig nicht durchdacht, unrealistisch sowie wirtschaftlich und sozial unausgewogen. Auf viele Eigentümer kommen deswegen mittelfristig aufwendige Sanierungen zu. Es wird eine Gebäudeheizungsbürokratie geschaffen und es drohen Zwangssanierungen oder gar Enteignungen für die, die sich das nicht leisten können.

- 38. DieBasis begrüßt kontinuierliche technische Verbesserungen und steht energetischen Innovationen nicht im Wege.**
- 39. Eine schnelle staatlich getriebene Verbreitung von Innovationen muss dennoch mit Achtsamkeit erfolgen.**
- 40. Einem möglicherweise wachsenden Elektrizitäts-/Energiebedarf wollen wir durch mehr Bereitstellung von preisgünstiger und umweltfreundlicher Energie begegnen.**
- 41. dieBasis lehnt die geplante Reform der EU-Gebäuderichtlinie (EPBD) ab: keine Immobilien-Zwangssanierung!**
- 42. dieBasis fordert, dass die Umstellung auf angeblich klimafreundliche Wärmeerzeugungstechnologien (z.B. Wärmepumpe) ingenieurtechnisch begründet, ganzheitlich durchdacht und für die Bürger bezahlbar sein muss.**
- 43. Energieeffizienzmaßnahmen dürfen nur auf freiwilliger Basis durch Aufklärung und Anreize, aber nicht durch Sanktionen eingeführt werden.**

⇒ **Schutz der Wasser- und Meeresressourcen in der EU**

Unsere Meeresökosysteme mit ihrer Artenvielfalt und ihrem Beitrag zum Weltklima sind von essenzieller Bedeutung auch für das Leben auf dem Land. Überfischung, Schadstoffe, Müll, vor allem aus Kunststoff, verlorene Container, verlorenes Fischereigerät sowie zunehmender Lärm durch Ressourcenförderung, bis hin zu Tiefseebergbau, gefährden sie. Die Meerestiere werden durch Unterwasserkommunikation und Schall (z.B. Sonar) gestört. Hierzu kommen als akute Umweltgefahr noch 1,6 Millionen Tonnen Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee und zusätzlich ca. 5.000 Tonnen chemische Munition allein in deutschen Gewässern.

Angesichts des grenzüberschreitenden Charakters der marinen Ökosysteme und der maritimen Tätigkeiten ist eine belastungsfähige internationale Zusammenarbeit zu ihrem Schutz und zur Entwicklung der Potentiale erforderlich. Dies erfordert Maßnahmen für sichere, saubere und nachhaltig bewirtschaftete Ozeane, die weltweit umgesetzt werden. Es gibt bereits internationale Vereinbarungen (z.B. das MARPOL Übereinkommen 1973/78, die Flora, Fauna, Habitat Richtlinien, die Meeresschutz Rahmenrichtlinien von 2008). Diese werden bislang aber unzureichend umgesetzt. Die Anwendung von nachhaltigen Aquakultur-Anlagen und nachhaltiger Fischerei (nach MSC Siegel) bieten einen wichtigen Beitrag zum Schutz von Meerestieren und Algen, sodass sich die natürlich wildlebenden Bestände erholen können.

- 44. dieBasis fordert die konsequente Umsetzung der Meeresschutzvereinbarungen.**
- 45. dieBasis unterstützt die Initiativen zum Schutz der maritimen Ökosysteme durch eine integrierte Meerespolitik der Europäischen Union.**
- 46. dieBasis fordert die konsequente Umsetzung der vorhandenen Vereinbarungen, um Müll im Meer zu vermeiden (einschließlich der Vermeidung von Mikroplastik) und die Entwicklung von Methoden für dessen Entfernung und Entsorgung.**
- 47. dieBasis fordert eine bessere Regulierung von Unterwasserkommunikation und Unterwasserschall (z.B. Seismische Untersuchungen, Unterwasserexplosionen, Rammarbeiten, Schiffslärm), um Meerestiere, vor allem Meeressäuger zu schützen.**
- 48. dieBasis fordert die systematische und konsequente Gefahrenbeseitigung von Munitionsaltlasten in den Meeren.**
- 49. Das Wattenmeer ist als trilaterales Weltnaturerbe von weltweiter Bedeutung und soll als solches weiterhin geschützt werden.**
- 50. dieBasis fordert die konsequente Anwendung der Richtlinien des MSC Siegels für eine nachhaltige Fischerei.**
- 51. Tiefseebergbau darf nicht ohne ein internationales Regelwerk zum Schutz der Ökosysteme und vorhergehende umfassende Forschung erfolgen.**

VI. Recht auf analoge Lebensführung – keine digitale Kontrolle

Wir sind auf dem Weg zum gläsernen Menschen!

Über der digitalen Machbarkeit steht für uns immer die Würde des Menschen. Wir fordern deshalb eine Digialethik, welche die gegenwärtige und die zukünftige Freiheit, Menschenwürde und Lebensqualität in den Mittelpunkt stellt.

Wir sind für digitale Technologien vor allem, wenn sie demokratische Willensbildungsprozesse unterstützen. Technischer Fortschritt sollte vom Grundsatz geleitet sein, der gesamten Gesellschaft zu dienen, und darf Menschen, die mit der digitalen Technik nicht klarkommen oder sie nicht wollen, nicht ausgrenzen und diskriminieren. Insbesondere darf Technik nicht dazu genutzt werden, Menschen zu übervorteilen, zu unterdrücken, zu zensieren und zu kontrollieren. Persönliche Daten sind Eigentum jedes Einzelnen und daher wertvoll und schützenswert.

Eine gesunde Entwicklung des menschlichen Geistes ist uns wichtig, weshalb wir soziales Miteinander wertschätzen und unterstützen. Wie groß die Gefahr ist, sich selbst in der digitalen Welt zu verlieren, zeigte sich insbesondere in der Phase des Corona-Lockdowns, die zu Abschottung, Depression und einer hohen Selbstmordrate unter der Bevölkerung führte.

Eine totale Transparenz von Bürgern, die z. B. mit einem „digitalen Impfpass“ erreicht werden könnte, widerspricht dem Grundgesetz und unseren gesellschaftlichen Werten. Darüber hinaus schafft sie ein Machtungleichgewicht zu Gunsten derjenigen, die Zugang zu den Daten haben. dieBasis lehnt dies im Sinne der Machtbegrenzung ab. Informationelle Selbstbestimmung hat gerade auch im Zeitalter der Digitalisierung zu gelten. Aufgrund ihres grenzüberschreitenden Charakters ist das Thema Digitalisierung ein weltweites Thema, das auch die EU betrifft.

dieBasis setzt sich auch in der EU ein für:

- Das Recht auf Privatsphäre als Schutz vor übergeordneten Strukturen
- Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung
- Die vier Grundfreiheiten der Freizügigkeit (Personen-, Dienstleistungs-, Waren- und Kapitalverkehr)
- Die Einhaltung der Datenschutz-Grundverordnung
- Die Einhaltung der Europäischen Grundrechtecharta

⇒ **Forderungen der Partei dieBasis zur Digitalisierung**

I. Schadwirkungen begrenzen und ethische Regeln einführen

Bei allen positiven Aspekten der Digitalisierung müssen auf der anderen Seite mögliche Schadwirkungen ebenfalls berücksichtigt werden. dieBasis fordert deshalb neutrale und unabhängige Untersuchungen beispielsweise zu 5G-Technologie sowie Forschung zur Entwicklung garantiert humanverträglicher Übertragungstechnik. (siehe auch Themenblock Gesundheit & WHO)

Roboter und Künstliche Intelligenz (KI) sollen dem allgemeinen Wohlstand dienen und nicht zur Verarmung weiterer Bevölkerungsschichten führen oder gar gegen den Menschen gerichtet werden. Es sollen ethische Grundsätze gelten, die als Sicherheitsmechanismen dienen, um zunehmend eigenständiger agierende KI unter Kontrolle zu halten. Zur genauen Definition ethischer Regeln für KI, Roboter und Drohnen soll eine Kommission unabhängiger Wissenschaftler unter Einbeziehung eines Bürgerrats tagen.

Der Einsatz von selbständig handelnder KI, von Robotern und Drohnen für den Kriegseinsatz bzw. zur Tötung menschlichen Lebens muss ausgeschlossen sein und international geächtet werden. Wir schlagen vor, die Menschenrechte, ähnlich dem Verbot von Giftgaseinsatz, dahingehend zu erweitern.

Zu einer ethischen Betrachtung gehört für uns auch die Selbstbestimmung über den Grad der

eigenen Digitalisierung: So muss auch weiterhin ein analoges Leben ohne wirtschaftliche und gesellschaftliche Benachteiligungen grundsätzlich möglich sein. Die Einführung gesellschaftsverändernder Technologien bedarf basisdemokratischer Legitimation und Kontrolle. Dazu zählt auch die Verpflichtung des Staates zur Annahme und Garantie von Bargeld. (siehe Themenblock Finanzen und Bargelderhalt)

1. **dieBasis fordert, mögliche Schadwirkungen der Digitalisierung zu begrenzen und ethische Regeln für ihre Nutzung einzuführen.**
2. **dieBasis ist für eine Kommission unabhängiger Wissenschaftler unter Einbeziehung eines Bürgerrats zur genauen Definition ethischer Regeln für KI, Roboter und Drohnen.**
3. **Ein analoges Leben ohne wirtschaftliche und gesellschaftliche Benachteiligungen muss weiterhin grundsätzlich möglich sein.**
4. **Die Basis schlägt vor, die UN-Menschenrechtscharta und die Europäische Grundrechtecharta der EU um die Ächtung des Einsatzes von selbständig handelnder KI, Robotern und Drohnen für den Kriegseinsatz bzw. zur Tötung menschlichen Lebens zu erweitern.**

II. Keine digitale Überwachung

Digitale Daten sind wertvoll und machen vieles möglich, jedoch lehnen wir anlasslose Überwachung, Vorratsdatenspeicherung sowie biometrische Überwachung ab. Eine Massenüberwachung oder Erstellung von Bewegungsprofilen darf es nicht geben. Auch Einzelüberwachungen darf es nur mit strenger staatlich-juristischer Kontrolle geben.

Das Briefgeheimnis muss auch im digitalen Bereich gelten. Der digitale private Raum darf keinesfalls verletzt werden, auch nicht durch Geheimdienste.

Eine im Körper verankerte digitale Identifikation oder Speicherung, z. B. für Zugangs- und Schließsysteme, Pass oder Ausweis, lehnen wir ab. Auch darf es keinen direkten oder indirekten Zwang zu einem solchen Eingriff in den menschlichen Körper geben.

5. **dieBasis lehnt die anlasslose Überwachung, Vorratsdatenspeicherung sowie die biometrische Überwachung und Erstellung von Bewegungsprofilen von Bürgern ab.**
6. **Der digitale private Raum ist EU-weit zu schützen.**
7. **Eine im Körper verankerte digitale Identifikation lehnen wir ab.**
8. **Eine Einzelüberwachung darf es nur aufgrund rechtsstaatlicher Einzelfallentscheidungen geben.**

III. IT-Souveränität und Netzneutralität

Für die digitale Selbstbestimmung und IT- Souveränität braucht es eine selbst kontrollierte, sichere IT für die EU-Länder mit einer eigenen europäischen Daten-Infrastruktur.

9. **dieBasis fordert, die IT-Souveränität innerhalb der EU durch selbst kontrollierte, sichere IT mit einer eigenen europäischen Daten-Infrastruktur zu sichern.**

⇒ **Diese EU-Programme zur Digitalisierung lehnen wir ab bzw. wollen wir zurücknehmen**

I. Keine digitale EU-Identität – totale *Kontrolle verhindern*

Die EU möchte die Abschaffung von Reisepässen und Personalausweisen. Mit der digitalen Identität sollen biometrische Grenzkontrollen geschaffen werden. Die Verfolgung der Bewegungen und Aktivitäten von Einzelpersonen ist eine eindeutige Verletzung des Rechts auf Privatsphäre und Freizügigkeit der Mobilität.

Die Einführung einer digitalen Identität (ID2020) ist in Verbindung mit dem EU-Gesundheitspass und der Bargeldabschaffung brandgefährlich. Aufgrund der dadurch ermöglichten Rückverfolgbarkeit jeglicher Transaktionen wird der Mensch gläsern für Regierungen, Unternehmen und andere Interessengruppen.

10. *dieBasis lehnt die Einführung einer digitalen Identität (ID2020) ab.*

II. Kein Digital Markets Act zu Gunsten der Großkonzerne – Nutzerrechte stärken

Mit dem Digital Markets Act (DMA) hat die EU eine Regulierung zur „Fairness“ von Märkten im Digitalsektor eingeführt. Sogenannte „Gatekeeper (Torwächter)“ - die großen Online Plattformen - sollen sich gegenseitig fair behandeln. Um diese sogenannte „Fairness“ zu gewährleisten, werden die Datenschutzrechte der Nutzer jedoch massiv eingeschränkt. Ein Austausch der Nutzerdaten der großen multinationalen Online-Konzerne untereinander – mittelständische Unternehmen und Kleinunternehmen sind natürlich außen vor – ist also aus Gründen der „Fairness“ notwendig.

11. *DieBasis fordert die Rücknahme des Digital Markets Act (DMA) und eine Stärkung der Nutzerrechte gegenüber den Online-Plattformen.*

Weitere Digitalisierungsprogramme auf EU-Ebene, die die Partei dieBasis ablehnt, sind:

- 1) Der *Digital Services Act* (siehe Teilprogramm Medien),
- 2) der digitale EU-Gesundheitspass (siehe Teilprogramm Gesundheit & WHO) und
- 3) der digitale Gesundheitsdatenraum (siehe Teilprogramm Gesundheit & WHO).

VII. Finanzen: Finger weg von unserem Geld – keine Enteignung und Entmündigung

Keine Geldspekulation oder Bargeldabschaffung!

Die Autonomie über das Geld ist ein Grundpfeiler unserer individuellen Freiheit und Sicherheit. Geld sollte der Realwirtschaft (Produktion, Handel, Dienstleistung, Konsum) und damit dem Menschen dienen und nicht Zins- und Renditeeinkommen für Superreiche fördern. Geld ist keine Ware und steht deshalb für Spekulation nicht zur Verfügung. Stattdessen müssen die Investitionen in unsere gesellschaftliche Entwicklung verstärkt werden.

dieBasis setzt sich konsequent für den Erhalt von Bargeld ein und unterstützt zusätzliche Regionalwährungen (z.B. *Chiemgauer*, *Gradido*) und Kryptowährungen. Bargeld ist gelebte Freiheit und gelebter Datenschutz. Eine Abschaffung wäre das Ende unserer individuellen Freiheitsrechte!

Bargeld sichert unsere Freiheit und unsere demokratischen Grundrechte.

- Bargeld ist gedruckte Freiheit.
- Bargeld sichert die inklusive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.
- Bargeld ist unabhängig von Stromversorgung und Internet.
- Im Falle einer Bankeninsolvenz ist Girogeld Teil der Konkursmasse, Bargeld bleibt erhalten.
- Bargeld sichert die Privatsphäre der Bürger.
- Bargeld benötigt keinen Zahlungsdienstleister und verursacht keine Transaktionskosten.

Die Abschaffung des Bargeldes wird zielgerichtet und in kleinen Schritten vorangetrieben.

Die EU-Kommission stellt seit Anfang 2023 die Weichen für den digitalen Euro als gesetzliches Zahlungsmittel. Über das digitale Bezahlen kann die digitale Identität effizient erzwungen werden. Wie lange wird es wohl dauern, bis digitales Geld das Bargeld nicht nur ergänzen, sondern ersetzen wird?

Das von der „Better Than Cash Alliance“ instrumentalisierte Argument, Bargeld würde Steuerhinterziehung oder Geldwäsche unterstützen, ist unsachgemäß. Der Versuch, Kriminalität mit der Abschaffung von Bargeld bekämpfen zu wollen, ist als Kurieren von Symptomen und nicht als Beseitigung der Ursachen solcher Kriminalität zu werten. Vieles spricht dafür, dass es um mehr geht als um die Bekämpfung von Kriminalität. In einer nächsten Phase der ungelösten Schuldenkrise könnte ein verstärkter Zugriff auf private Vermögen zum Thema werden.

Es hätte weitreichende Folgen, wenn es kein Bargeld mehr gäbe und Bezahlen nur noch mit elektronischer Währung möglich wäre. Die heutigen Banken wären weitgehend überflüssig. Einnahmen und Ausgaben würden ausschließlich über ein Konto bei der Zentralbank abgewickelt, und zwar mit dem elektronischen Zentralbankgeld.

Die Abschaffung des Bargeldes macht uns alle erpressbar.

Mit dem geplanten digitalen Geld werden alle Transaktionen und Zahlungsvorgänge nachvollziehbar, registriert und möglicherweise sogar hackbar – mit der Folge, dass wir zum gläsernen Kunden werden. Damit steht einer kompletten Kontrolle und Überwachung nichts mehr im Wege. Für den Zugriff auf die Daten braucht der Staat sich nur noch mit der Zentralbank auseinanderzusetzen. Mit der Einführung einer digitalen Zentralbankwährung ist die technische Voraussetzung für totalitären Missbrauch geschaffen (z.B. eine Beschränkung der Zahlungsvorgänge nach „gutem“ oder „schlechtem“ Verhalten der Bürger, der völlige Ausschluss von Finanztransaktionen bis hin zu der Möglichkeit, das Einkaufen gänzlich zu verwehren, wird mit ausschließlich digitalem Geld leicht umsetzbar). Wir erinnern uns: Im Zuge der Corona-Maßnahmen wurden vielen kritischen Menschen die Bankkonten gekündigt.

Auch die Abhängigkeit elektronischer Systeme von der Energieversorgung dürfte ein deutliches Risiko sein.

Die Enteignung und Entmündigung der Menschen haben bereits begonnen.

Es werden bereits die ersten sozialen Bonus-Punktesysteme für Bürger pilotiert, analog dem chinesischen „Social Credit System“. In einer Studie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) 2020 wird ganz offen dafür geworben. In einer Veröffentlichung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit zur Smart City Charta von 2017 wird postuliert „Privateigentum sei Luxus und es gebe weniger Bedarf an demokratischen Wahlen“. Hierfür wird ganz offen mit Projekten wie der „Post-Ownership Society“ und der „Post-Voting Society“ geworben. Dies sind Beispiele für den drohenden Verlust bürgerlicher Freiheitsrechte.

Die Einführung einer digitalen Identität (ID2020) ist in Verbindung mit der Bargeldabschaffung brandgefährlich. Aufgrund der dadurch ermöglichten Rückverfolgbarkeit jeglicher Transaktionen wird der Mensch gläsern für Regierungen, Unternehmen und andere Interessengruppen.

⇒ **Die Forderungen der Partei dieBasis zum Thema Finanzen**

1. dieBasis fordert ein gesetzliches Recht auf Bargeldzahlung und die Verankerung der Bargeldzahlung als Grundrecht bei uns und EU-weit.

Bargeld sichert unsere Freiheit und unsere demokratischen Grundrechte. Aufgrund seiner Bedeutung sollte das Bargeld auch als Grundrecht in den europäischen Verfassungen und der europäischen Grundrechtecharta verankert werden. Am 15 Juni 2023 hat die Slowakei als weltweit erster Staat das Recht auf Bargeldzahlung in ihre Verfassung aufgenommen, um dem digitalen Euro Grenzen zu setzen.

2. Die Geldschöpfung gehört in die Hände eines gemeinwohlorientierten Staates gelegt.

3. dieBasis betrachtet das Gemeinwohl als maßgeblich für finanzpolitische Entscheidungen.

Wir müssen unsere finanzielle Autonomie zurückgewinnen und die Vorherrschaft der Finanzinstitute über den Staat beenden. Momentan wird durch das Bankensystem „Geld aus dem Nichts“ erzeugt, ohne dass der Geldmenge Waren und Dienstleistungen gegenüberstehen. Dieses "Bank"-Geld („Geld aus dem Nichts“) wird größtenteils von den Banken durch Kreditvergabe selbst erschaffen und hat keinen Gegenwert außer "Vertrauen"(Fiatgeld). Wir fordern, dass die Geldschöpfung in die Hände eines gemeinwohlorientierten Staates gelegt wird, unter Mitwirkung der Bürger vor Ort.

4. dieBasis fordert die Abschaffung des Lastenausgleichsgesetzes in Deutschland.

5. dieBasis fordert die Abschaffung des europäischen Immobilien- und Vermögensregisters.

Gesetzlich geschaffene Grundlagen für einen Lastenausgleich in Deutschland und europäische Immobilien- und Vermögensregister sind Vorboten möglicher Enteignungen. Deshalb lehnen wir diese Gesetze ab.

6. dieBasis lehnt den Verlust bürgerlicher Freiheitsrechte durch "Social Credit Systeme" und die "Smart City Charta" ab.

7. dieBasis lehnt die Förderung staatlicher Verschuldung durch die EZB über europäische Sonderfonds, die die Inflation anheizen, ab.

„Geld ohne Gegenwert“ für Europäische Sonderfonds wie z.B. der 750 Milliarden € NextGenerationEU“ (Corona-Hilfspaket/EU-Wiederaufbaufond) und die Förderung staatlicher Verschuldung durch die EZB lehnen wir ab, da sie zu noch mehr Inflation führen. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann dieser Ballon platzt. Der Kaufkraft-Verlust betrifft vor allem Geringverdiener und sozial schwache Mitbürger.

8. dieBasis fordert, die Verschwendung von Steuergeldern transparent aufzuklären und Politiker hierfür in die Haftung zu nehmen.

In der Regel haftet der Staat und damit der Steuerzahler für die Verschwendung und das

Versickern von Steuermitteln. Was wäre, wenn die Politiker für unverantwortliche Entscheidungen gegen besseres Wissen persönlich haften müssten?

9. Die EU soll keine eigenen Steuern erheben dürfen.

Die Erhebung von Steuern soll in der Hoheit der Nationalstaaten bleiben, die über Mitgliedsbeiträge die EU finanzieren. Die EU ist ein Bündnis souveräner Staaten. Mit eigenen Steuern würde sie einen staatsähnlichen Charakter erhalten. Eine Reduzierung der Aufgaben der EU reduziert auch die Kosten für den Bürokratieapparat der EU-Kommission.

VIII. Freie und unabhängige Medien statt Zensur und Propaganda

Für Meinungsvielfalt öffentlich-rechtlicher Medien und Debattenräume

Artikel 5 (1) des Grundgesetzes garantiert: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“ Dies muss die Grundlage jeglicher Medienpolitik sein.

Demokratie und vor allem Basisdemokratie funktionieren nur mit unabhängigen, freien Medien!

Die öffentlichen Medien müssen im demokratischen Staat frei arbeiten und recherchieren können. Ihre Aufgabe ist die neutrale, ganzheitliche Berichterstattung ohne vorgefertigte Deutung, sodass der souveräne Wähler sich ein eigenes Bild machen kann.

Globale Einzelinteressen, die dem Gemeinwohl entgegenstehen, haben in den letzten Jahrzehnten schleichend und konsequent ihre Möglichkeiten erhöht, die Presse und auch den öffentlichen Rundfunk zu beeinflussen.

Wir leben heute in einem Informationszeitalter, in dem die politischen Entscheidungen per Meinungsmanipulation vorbereitet und durchgesetzt werden. Deshalb sind die öffentlichen und freien unabhängigen Medien sowie das Ende der Meinungsmanipulation ein wichtiger Schlüssel für eine gemeinwohlorientierte Politik und die Umsetzung der vier Säulen der Partei dieBasis.

Seit geraumer Zeit verzeichnen wir eine Eingrenzung des Debattenraums anstelle einer Erweiterung der Perspektive. Meinungsmache, Haltungsjournalismus und Berichterstattung verschwimmen zusehends auf eine Art und Weise, die den Prinzipien eines seriösen Journalismus widersprechen. Minderheiten mit abweichender Meinung und Stimmen, die einen – medial behaupteten – gesellschaftlichen Konsens hinterfragen, werden wahlweise ignoriert, lächerlich gemacht, ausgegrenzt oder gar mundtot gemacht.

Dazu werden, was soziale Medien betrifft, auch die neuen EU-Gesetze wie der "Digital Services Act" (DSA) herangezogen. Seit April 2021 gibt es zudem den verfassungsschutzrelevanten Tatbestand der „Delegitimierung des Staates“. Damit kann jede regierungskritische Äußerung als solche definiert werden, was insbesondere die wenigen noch unabhängigen Medien trifft.

Das sorgfältige Überprüfen zweifelhafter Meldungen ist wichtig. Allerdings wird durch sogenannte „Faktenchecks“ der freie gesellschaftliche Diskurs immer häufiger beschnitten. Dazu erschwert äußere Einflussnahme durch Politik, Wirtschaft und Lobbygruppen einen unabhängigen Qualitätsjournalismus. Interessensverflechtungen von Politik und Wirtschaft werden zu selten aufgezeigt.

⇒ dieBasis Forderungen zur Presse- und Meinungsfreiheit

Vor allem mit Beginn der „Covid-19-Pandemie“ haben wir offensichtliche Umdeutungen von Begriffen sowie einseitige und auslassende Berichterstattung erlebt. Anstatt den Bürger ausgewogen zu informieren, haben sich viele Medien in ideologischen, propagandaähnlichen Narrativen bewegt, die die Ziele der Regierung unterstützt haben. Dabei wurden Tatsachen und Zusammenhänge so geschickt manipulativ verdeckt, dass Täuschungen und Auslassungen nur bei näherem Hinsehen erkennbar waren. Ungeimpfte wurden zur Gefahr für die Bevölkerung erklärt, Kinder wurden potenziell zu „Gefährdern“ gemacht - mit allen Folgen der unmenschlichen Ausgrenzung. Impfen wurde zum Dienst an der Gesundheit der anderen – anstatt die Corona-Impfungen, ihren Sinn und ihre Sicherheit zu hinterfragen. Die Medien haben über Fakten, die die Zustimmung der Bevölkerung zur Unterstützung des Ukrainekrieges in Frage gestellt hätten, erst gar nicht oder nur am Rande berichtet – wie zum Beispiel über das Friedensabkommen von Istanbul am 29. März 2022.

Die EU hat mit dem *Digital Services Act* (DSA) ein Gesetz geschaffen, das alle Online-Plattformen zu

umfangreicher Zensur verpflichtet. Drastische Strafandrohungen können zur vorbeugenden Löschung möglicher kritischer Inhalte führen und dadurch die Meinungsfreiheit einschränken. Dies erfolgt durch künstliche Intelligenz, Uploadfilter und selbsternannte „Hinweisgeber“ und ominöse Faktenchecker (wie z.B. Correctiv).

Mit dem „*Digital Services Act*“ wird der EU-Gesetzgebung nicht nur die in Deutschland föderal geregelte Länderhoheit gemäß Medienstaatsvertrag geopfert. Das im DSA vorgesehene "Board" (Aufsichtsgremium) als EU - Behörde zur Kontrolle aller Medienanbieter führt auch in Verbindung mit dem "Hinweisgeberschutzgesetz" zu überstaatlicher Kontrolle und Regulierung der freien Meinungsäußerung. Denunzierung wird gefördert. Ohne juristische Beurteilung können "kritische" Beiträge durch private Konzerne jederzeit entfernt werden. Dies führt in der Praxis zu willkürlichen oder voreiligen "Löschungen" von Beiträgen und entbehrt jeglicher Rechtsstaatlichkeit.

- 1. dieBasis wird jedem Versuch, auf EU-Ebene Eingriffe in die Informations- und Meinungsfreiheit vorzunehmen, entschlossen entgegentreten.**
- 2. dieBasis fordert die Rücknahme des Gesetzes zur Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit, "Digital Services Act" (DSA).**
- 3. Eine Zensur durch Strukturen, die keiner demokratischen Kontrolle unterliegen, lehnen wir ab. („Eine Zensur findet nicht statt“, Art. 5 GG)**
- 4. Der Quellenschutz als Eckpfeiler der Pressefreiheit muss ohne Einschränkung gewährleistet werden.**
- 5. Die mediale Umdeutung von Worten und mediale Beanspruchung der Deutungshoheit von Ereignissen im Sinne von ideologischen oder regierungsnahen Interessen sowie die damit verbundene Verengung der Debattenräume muss beendet werden.**
- 6. DieBasis fordert eine Vielfalt an Nachrichtenagenturen in der EU.**

⇒ **dieBasis Forderungen zu öffentlich-rechtlichen Medien**

Die politische Einflussnahme auf den ÖRR ist ein globales Problem, deshalb stellt sich die Frage der Reformfähigkeit des ÖRR, das heißt, ob es gelingt, den ÖRR auf gesunde Füße ohne politische Kontrolle und wirtschaftliche Abhängigkeit zu stellen.

An der Auswahl der Mitglieder der Rundfunk-, Fernseh- und Verwaltungsräte, der höchsten Kontrollgremien der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten, sind die Beitragszahler nicht direkt einbezogen. Es gibt keine direkte Beteiligung der Beitragszahler beim Programm oder bei medienpolitischen, finanziellen und personellen Entscheidungen.

- 7. Die öffentlich-rechtlichen Medien haben sich vollumfänglich dem freien, offenen, wahrheitsgemäßen, verantwortungsvollen Journalismus zu öffnen.**
- 8. Es wird neutral, aus allen Sichtweisen und zensurfrei im Rahmen der Europäischen Grundrechtecharta und in Deutschland im Rahmen des Grundgesetzes berichtet.**
- 9. Alle Inhalte der öffentlich-rechtlichen Medien sollen im Internet frei und unbegrenzt abrufbar sein im Sinne eines universellen Wissenszuwachses.**
- 10. Für die Stabilität unserer Demokratie fordert dieBasis einen transparent geführten neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunk (Rundfunk und Fernsehen als offenen Debattenraum). Zu dessen Eckpfeilern gehört die Unabhängigkeit der Berichterstattung, die Abbildung von Meinungsvielfalt sowie die Beteiligung der Bürger.**
- 11. Die Einhaltung der Qualitätskriterien für öffentlich-rechtliche Medien ist durch unabhängige Bürgergremien zu kontrollieren.**
- 12. dieBasis fordert eine EU-weite Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR). Im Auftrag der Bevölkerung übernimmt er wichtige Kontrollaufgaben gegenüber den Gewalten Exekutive, Legislative und Judikative.**
- 13. Damit der öffentlich-rechtliche Rundfunk diesen Auftrag erfüllen kann, ist seine**

Unabhängigkeit von Staat, Wirtschaft und Lobbygruppen zu garantieren.

- 14. Der neue öffentlich-rechtliche Rundfunk kontrolliert die Politik und nicht umgekehrt. Politiker und Staat dürfen keinen Einfluss auf das Programm und die Inhalte haben.**
- 15. Die Rundfunkräte für die öffentlich-rechtlichen Medien sind ausschließlich aus und von der Bevölkerung zu wählen.**
- 16. Interessenskonflikte jeglicher Art bei Rundfunkräten und im Management sind offenzulegen.**
- 17. Um Drehtür-Effekte aus der Politik in den neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunk auszuschließen, fordert dieBasis vierjährige Sperrfristen.**

⇒ **dieBasis Reformvorschläge zur Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Medien**

Die Beitragsfinanzierung könnte eine Voraussetzung sein, die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) gegenüber finanzieller und politischer Beeinflussung zu schützen. Eine Privatisierung des ÖRR würde das Problem der Einflussnahme durch wirtschaftliche Interessen verstärken. Eine ausschließliche Steuerfinanzierung würde die staatliche Einflussnahme erhöhen. Eine Abschaffung des ÖRR würde uns die Chance rauben, der kapitalstarken globalen Medienwelt eine gemeinwohlorientierte Lösung entgegenzustellen.

dieBasis Mitglieder haben sich in einer Umfrage überwiegend für die Beibehaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ausgesprochen. Folgende drei Reformvorschläge stehen zur Diskussion:

- a. Beitragsfinanzierte öffentlich-rechtliche Medien auch in den EU-Ländern unter der Voraussetzung, dass sie den Kriterien Meinungs- und Informationsvielfalt, Ausgewogenheit und Fairness, Transparenz und Unabhängigkeit sowie Bürgerbeteiligung genügen.**
- b. Reduzierung der ÖRR Pflichtbeiträge mit einer Beschränkung des neuen reformierten ÖRR auf nicht kommerzielle Inhalte, z.B. unabhängige Nachrichten, regionale Dokumentation, Kultur und Bildung.**
- c. Abschaffung der ÖRR Pflichtbeiträge, wenn eine Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht möglich ist, mit der Konsequenz, dass der ÖRR dann steuerfinanziert ist.**

IX. Migration und Asylrecht - Ein Balanceakt zwischen Menschlichkeit und Begrenzung!

Präambel

Die Sensibilität und Komplexität des Migrations- und Asyl-Themas sind der Partei dieBasis bewusst. Wir möchten Wege finden, die notwendige Hilfe für Menschen auf der Flucht in Einklang zu bringen mit Machbarkeit, gegenseitigem Respekt und Einhaltung unserer Gesetze.

Die Menschen in Deutschland und der EU sind grundsätzlich hilfsbereit, aber die Bereitschaft zur Hilfeleistung darf nicht überfordert oder ausgenutzt werden.

Unsere Gesetze sind einzuhalten und unsere gesellschaftlichen Werte zu respektieren.

Bewusstsein über die eigenen kulturellen und geschichtlichen Wurzeln ist die Grundlage für Großzügigkeit und Fähigkeit zum Austausch.

Die erhöhte Zuwanderung bringt vor allem Länder an den EU-Außengrenzen und unsere Gemeinden und Städte an ihre Grenzen bezüglich der Finanzierbarkeit, Unterbringung der Menschen und deren Integration.

Viele Menschen sehen die Gesellschaft angesichts der hohen Anzahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden an ihrer Belastungsgrenze.

Europa und Deutschland können keinesfalls alle bedürftigen Menschen aus Katastrophen- und Armutsländern aufnehmen.

Das Problem kann letztlich nur auf der Ebene von Frieden, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftlichem Erfolg in diesen Ländern gelöst werden, damit Migration überflüssig wird.

Definitionen, Ursachen, Zahlen, Politik

Es gibt verschiedene Gründe, warum Menschen in die EU kommen. Die Ursache der Migration ist entscheidend dafür, ob das Asylrecht zum Tragen kommt oder nicht. Aus diesem Grund sind Asylsuchende, Kriegsflüchtlinge und reguläre Einwanderer voneinander zu trennen.

Kriege bzw. Bürgerkriege sind eine der häufigsten Ursachen für Flucht und Vertreibung. Aber auch Ressourcenausbeutung und die Handelspolitik des Nordens sowie Willkürherrschaft und autokratische Strukturen in Ländern des globalen Südens sind Ursachen für Flucht und Migration. Das Asylrecht des Grundgesetzes und die UN-Flüchtlingskonvention verpflichten uns, individuell politisch Verfolgten sowie unter Krieg und Gewalt leidenden Menschen Beistand zu leisten. Dieses Recht ist wichtig und unantastbar.

Es gibt mehrere Anspruchsgrundlagen für den Verbleib bei uns, die in der politischen Diskussion um den Asylbegriff häufig vermischt werden. Das klassische deutsche Recht auf Asyl aufgrund der Verfolgung aus politischen, religiösen oder anderen Gründen ist ein Individualrecht und im Einzelfall zu prüfen. Die Genfer Flüchtlingskonvention gibt einen Flüchtlingsstatus für einzelne verfolgte Gruppen aufgrund einer Eigenschaft, die sie nicht ablegen können, vor. Die dritte Möglichkeit ist das Abschiebeverbot aus humanitären Gründen, wenn Leib und Leben der Betroffenen gefährdet werden (völkerrechtliche Grundlage).

Die Politik befindet sich in einem Zielkonflikt zwischen einerseits der grundsätzlichen Verpflichtung des Staates, die Menschenrechte zu achten, was Aufnahme und Schutzgewährung aus humanitären Gründen bedingt und andererseits Konflikte um Ressourcen wie Wohnraum, Arbeitsplätze oder kulturelle Werte auslösen kann. Durch den Ukrainekrieg stehen z.B. die deutschen oder polnischen Kommunen durch die Unterbringung der Flüchtlinge extrem unter Druck, während die Mittelmeer-Anrainerstaaten wie Italien, Griechenland und Spanien durch ihre geographische Lage hohe Asylbewerberzahlen verzeichnen.

Einwanderungspolitik und Asylverfahren waren bislang Sache der Nationalstaaten. Mit dem neuen *Gemeinsamen europäischen Asylsystem* (GEAS), dessen Wirkungen abzuwarten sind, sollen Kompetenzen für die Verwaltung von Migranten an die EU abgetreten und Kriterien und Verfahren

vereinheitlicht werden. Einen verbindlichen Verteilerschlüssel zwischen EU-Ländern gibt es aber weiterhin nicht. Das GEAS ist bis 2026 in nationales Recht umzusetzen.

Daraus leiten sich die folgenden Forderungen ab:

⇒ **Allgemeine Forderungen und Zuständigkeiten zum Thema Asyl und Migration**

- 1. Sicherheitsbedürfnisse der einheimischen Bevölkerung sind zu respektieren.**
- 2. Die Ängste der einheimischen Bewohner vor kultureller Überfremdung sind ernst zu nehmen.**
- 3. dieBasis fordert die Rücknahme des GEAS und die Zuständigkeit für Asyl- und Flüchtlingspolitik allein bei den Nationalstaaten. Die EU sollte lediglich koordinierend wirken.**
- 4. Die Bevölkerung in den einzelnen EU-Staaten sollte über die Aufnahme von Flüchtlingen und Migranten im Rahmen des geltenden Rechts selbst entscheiden können.**
- 5. Über die Aufnahme von Flüchtlingen und Migranten sollte im Rahmen des geltenden Rechts primär die unterste lokale Gemeinschaft (Gemeinde, Stadt, Region) entscheiden, denn Integration kann nur vor Ort gelingen.**

⇒ **Begrenzung der Migration**

Der Schutz der Außengrenzen des Schengenraums inklusive Seenotrettung ist neben den Nationalstaaten die Aufgabe der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex). Doch Migration und Fluchtbewegungen sind nur schwer zu lenken, zu kontrollieren oder gar zu begrenzen. Nachdem die Anzahl der Zuwanderer aller Art inzwischen wieder stark gewachsen ist, uns an die Grenzen unserer Sozialsysteme bringt und auf wachsenden Widerstand der Bevölkerung trifft, würde eine stärkere Begrenzung der Migration viel gesellschaftlichen Konfliktstoff beseitigen. So könnte versucht werden, Menschen in den Durchreiseländern zu halten, sodass sie überhaupt nicht erst zu uns zu kommen oder das Asylverfahren an den EU-Außengrenzen stattfinden.

Ein Folgeproblem der Migration ist ferner der Familiennachzug, für den, bei in Deutschland lebenden Migranten im Falle von leiblichen Kindern, bisher kein DNA-Test vorgesehen ist, obwohl eklatante Missbrauchsfälle beim Familiennachzug angeblich leiblicher Kinder bekannt geworden sind. Nur, wie schafft man einen Ausgleich zwischen den legitimen Bedürfnissen der aufnehmenden Gesellschaften und dem Wunsch von Menschen in den Abwanderungsländern, ihre Lebensumstände und die ihrer Kinder zu verbessern?

- 6. Bei der Zuwanderung müssen Prioritäten gesetzt werden. Die Fluchtgründe Krieg und Verfolgung müssen Vorrang vor wirtschaftlichen Gründen haben.**
- 7. Bei Überschreiten von zu definierenden Obergrenzen für jeden Mitgliedsstaat fordert dieBasis einen Zuwanderungsstopp.**
- 8. dieBasis begrüßt Drittstaatenabkommen zur Aufnahme von durchreisenden Migranten.**
- 9. dieBasis befürwortet die Durchführung der Asylverfahren in Drittländern außerhalb der EU-Außengrenzen.**
- 10. Wer ohne Papiere einreisen will, wird zurückgewiesen oder kommt in sogenannte Auffanglager in Drittstaaten, wo die Asylanträge bearbeitet werden.**
- 11. Wir brauchen einfache, EU-weite klare Regelungen und Gesetze sowie funktionsfähige Behörden rund um die Erfassung, Registrierung, Feststellung des Aufenthaltsrechts, Verteilung und Unterbringung.**
- 12. Noch nicht anerkannte Asylbewerber und Menschen ohne Bleiberecht sind, wenn sie straffällig werden, zügig in ihre Heimatländer oder sichere Drittstaaten abzuschieben.**
- 13. Auch anerkannte Asylbewerber sind nach einer rechtskräftigen Verurteilung wegen Kapital- und Schwerverbrechen zügig in ihre Heimatländer oder sichere Drittstaaten**

abzuschieben.

- 14. Die Basis fordert die verpflichtende Einführung von DNA-Nachweisen für die Anerkennung leiblicher Kinder im Rahmen des Familiennachzugs von in Deutschland lebenden Migranten.**
- 15. Der Nachzug von Familienangehörigen anerkannter Asylsuchender kann erst bei gesichertem Erwerbseinkommen erfolgen.**
- 16. dieBasis ist für eine stärkere Sicherung der EU-Außengrenzen durch Frontex.**
- 17. dieBasis fordert die konsequente Bekämpfung der Schlepperbanden.**

⇒ **Beseitigung von Fluchtursachen**

Wäre es nicht besser und billiger die Fluchtursachen zu beseitigen? Neben der Beseitigung von Anziehungsfaktoren lassen sich Fluchtursachen, die die Menschen aus ihren Ländern vertreiben, durch eine verantwortliche Handelspolitik, eine soziale Verantwortung der Finanzindustrie sowie politische und wirtschaftliche Unterstützung seitens der reichen Länder verringern, indem sie eine eigenständige politische, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung der Länder des globalen Südens auf der Basis rechtsstaatlicher und demokratischer Strukturen fördern.

- 18. dieBasis fordert eine globale Friedenspolitik der EU, um langfristig eine der Hauptursachen von Flucht und Vertreibung verhindern zu können – Diplomatie statt Waffen!**
- 19. dieBasis fordert die Schaffung fairer Handelsbedingungen (Terms of trade) zwischen der EU und den Abwanderungsländern, die den einheimischen Produzenten erlauben, zu angemessenen Bedingungen in die EU zu exportieren**
- 20. Die Produkte der Produzenten in den Abwanderungsländern sind vor hochsubventionierten Agrarprodukten aus der EU zu schützen.**
- 21. dieBasis fordert den Verzicht der EU auf eine einseitige politische und wirtschaftliche Einflussnahme zu Ungunsten der Abwanderungsländer.**
- 22. dieBasis fordert gezielte, sinnvolle und auf ihre Wirksamkeit kontrollierte wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit auf Augenhöhe zur Bekämpfung von Fluchtursachen.**
- 23. dieBasis fordert die Unterstützung junger Menschen aus den Migrationsländern durch Studien-Stipendien in der EU mit der Bedingung, dass sie in ihr Land zurückkehren.**

⇒ **Bewältigung der Folgen der Migration**

Die Frage des Umgangs mit den Folgen der Zuwanderung aus Drittländern in die EU ist eine Frage der Verteilung der Lasten (EU, Bund, Länder, Kommunen), der Unterbringung, Versorgung und der wirtschaftlichen und sozialen Integration. Die Gemeinden werden häufig nicht gefragt, haben aber einen Großteil der Lasten für eine Aufnahme, insbesondere für Flüchtlinge, zu tragen. Die Bedingungen für Flüchtlinge und Asylbewerber sind unterschiedlich und unterscheiden sich auch zwischen den EU-Ländern. Die Arbeit im Bereich Flüchtlingshilfe beruht zudem sehr auf ehrenamtlichen Helfern.

- 24. EU-Länder, die verhältnismäßig weniger Lasten für Flüchtlinge und Asylanten tragen, sollten sich finanziell an einem Lastenausgleich für die anderen Länder beteiligen.**
- 25. Die übergeordneten staatlichen Strukturen (Länder, Bund und ggf. EU) haben dann Unterstützung zu leisten, falls sich die unterste Ebene zur Aufnahme von Kriegsflüchtlingen und Asylanten entscheidet.**
- 26. dieBasis fordert EU-weit Bezahlkarten und Gutscheine statt Bargeld für Flüchtlinge und Asylsuchende, damit der Druck, in die Herkunftsländer Geld zu senden, abgefangen werden kann.**

- 27. dieBasis fordert von Beginn an verpflichtende Sprach- und Verhaltenskurse für Asylbewerber.**
- 28. dieBasis fordert Beschäftigungsangebote für Asylbewerber in den EU-Mitgliedstaaten, bis die Asylanträge abgeschlossen sind.**
- 29. Die Arbeit im Bereich Flüchtlingshilfe sollte stärker professionalisiert werden, indem mehr interkulturell qualifizierte Fachkräfte eingesetzt werden.**
- 30. Gut integrierte Asylbewerber mit gesicherter Berufstätigkeit und guten deutschen Sprachkenntnissen sollten ein Bleiberecht erhalten.**
- 31. Die Zulassung von Kinderehen sollte zum Schutz der Mädchen zurückgenommen werden.**

⇒ **Anwerbung von Fachkräften aus Drittländern**

Wir brauchen jedoch auch Fachkräfte aus Drittländern (z.B. für den Bereich Pflege, Gesundheit, Informatik). Dies erfordert eine gesteuerte legale Migration, die zwar weniger, aber durchaus auch Herausforderungen hat und häufig einen Abzug von Kapazitäten aus den Herkunftsländern bedeutet, der diese wiederum schwächen kann (z.B. Mediziner). Gleichzeitig verzeichnen wir eine Abwanderung hochqualifizierter Fachkräfte aus Deutschland.

- 32. Die Anwerbung von Fachkräften darf nicht zu einer Schwächung der Gesundheits- und Sozialsysteme der Herkunftsländer führen.**
- 33. Die Arbeitsbedingungen sowohl für einheimische als auch ausländische Pflegekräfte müssen verbessert werden.**
- 34. dieBasis fordert Anreize für in Deutschland ausgebildete Mediziner und Pflegekräfte, auch in Deutschland zu arbeiten.**
- 35. Unternehmen, die Arbeitskräfte aus Drittländern anwerben, dürfen eventuelle Folgelasten nicht auf die Gemeinschaft abwälzen.**
- 36. Statt Anwerbung von Fachkräften aus Drittländern fordert dieBasis, den Fokus stärker auf die Ausbildung bislang unqualifizierter einheimischer junger Menschen zu setzen.**

Impressum:

dieBasis
Basisdemokratische Partei Deutschland
Zillestraße 9
10585 Berlin

dieBasis Arbeitsgemeinschaft EU und Europa
ag-eu-europa@diebasis-partei.de

